



# Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendener: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

XII/2020 • # 1078



**Schicht im Schacht!**



**Licht geht aus!**



**Gorleben lebt!**

Am 22. Februar 1977 kam durch Fingerzeig des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten das Projekt Gorleben in die Welt. 15925 widerständige Tage später ist der dickste Brocken des ehemals geplanten Nuklearen Entsorgungszentrums, das Endlager im Salzstock Gorleben-Rambow, am 28. September 2020 aus geologischen Gründen aus dem weiteren Suchverfahren ausgeschieden. Schon Jahre zuvor konnten Wiederaufarbeitungsanlage, Brennelementefabrik und kürzlich auch die Pilotkonditionierungsanlage verhindert werden.



**Die Natur kann in der Corona-Zeit richtig Luft schnappen, und es ist für alle sichtbar, wie wichtig und richtig es ist, auf unsere Umwelt acht zu geben. Wir haben jetzt die Chance, über eine Welt nachzudenken, wie wir sie uns einst erträumt haben, und danach die Ärmel hochzukrempeln, um unsere Träume zu verwirklichen. Schön wäre es jedenfalls!**  
**Adele Neuhauser alias Tatort-Kommisarin Bibi Fellner** SchauspielerIn

Es ist zwar kein Wunder, aber es verwundert uns doch; es ist kein Sieg, aber ein beachtlicher politischer Erfolg ist es doch, zusammen mit dem Atomausstieg wohl der größte der vergangenen Jahrzehnte. Und es ist vollkommen eure Errungenschaft, das Werk der Leser/-innen der Gorleben Rundschau und aller Sympatisant/-innen. Was an Küchentischen und auf Waldspaziergängen begann, was aus der Friedensbewegung und der Frauenbewegung auf den Weg kam, was von Spinnern und Alternativen propagiert und von Künstler/-innen unterstützt wurde, was von Student/-innen und Bäuer/-innen in heißen Tagen und eiskalten Nächten verteidigt wurde, ist jetzt Realität geworden. Ein Endlager in Gorleben ist endlich das, was es immer war: ein gefährliches Hirngespinnst der Atomindustrie, einer in diesem Land aussterbenden Spezies. Unsere Kritik, unsere Argumente und unser Aufschrei mussten schließlich erhört werden, und wissenschaftsbasierte Vernunft hat sich begründet durchgesetzt.



**Martin Donat ist erster Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg**

Mehr als die Hälfte der Republik ist offenbar schon beim ersten qualifizierten Drüberschauen besser für die tiefe geologische Dauerlagerung von Atommüll geeignet, als der 40 Jahre und 1,6 Milliarden Euro lang von den Verantwortlichen propagierte Salzstock. Ist dann jetzt also endlich alles gut? Mitnichten! Nicht nur, dass all die Wut und die Tränen unver-

gessen bleiben. Unsere Kritik am laufenden Verfahren verhallt auch (noch) ungehört. Selbst der demokratisch legitimierte Staat braucht da, wo er nur durchsetzungsorientiert daherkommt, dringend zivilgesellschaftliche Kontrolle. Wissenschaftlichkeit allein ist noch nicht der Garant für ein verantwortbares Ergebnis. Die Entscheidungen trifft immer noch die Politik, und jahrzehntelang waren schließlich auch Gutachten eingekauft worden, die das Unübersehbare gesund beteten; erst der eingeforderte Vergleich brachte Klarheit. Corona führt es uns vor Augen, dass auch und gerade Wissenschaft den Diskurs braucht und selbst begründete Entscheidungen am Ende von den Betroffenen getragen werden müssen.

Einst sollten wir entsorgt werden; haben wir denn jetzt also ausgesorgt? Auch das nicht! Wir müssen uns als einer von sechzehn Zwischenlagerstandorten im Lande auch zukünftig noch weiter um den Atommüll sorgen. Atomkraft war aber immer nur die Spitze eines Eisbergs aus lebensverachtenden und nicht nachhaltigen Technologien. Leider baut unsere ganze Gesellschaft (noch) auf derartigen Wirtschaftsweisen auf. Hätte man damals gleich auf uns gehört, hätten wir heute gar nicht das epochale Problem des Atommülls, zumindest nicht in diesem Ausmaß. Hören wir also heute auf die Generation, die uns vor den unausweichlichen Folgen des Klimawandels warnt und sofortiges Umdenken und Handeln beziehungsweise Unterlassen einfordert!

Trotz allem, mit Anstand und Abstand, ein schönes Weihnachtsfest! Gorleben lebt! Bleibt auch gesund!

## Impressum

**43. Jahrgang**  
Ausgabe 1078  
Dezember 2020

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

**Kontakt**  
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow  
Telefon: 05841-4684

**Mail und Internet**  
service@gorleben-rundschau.de  
redaktion@gorleben-rundschau.de  
www.gorleben-rundschau.de

**Ältere Ausgaben**  
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

**Verantwortlich (V.i.S.d.P.)**  
Andreas Conradt (ac)  
Torsten Koopmann (kp)  
Adresse wie vorstehend

**Redaktion**  
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),  
Axel Kahrs (ak), Wilma Wallat (ww)

**Produktion**  
Layout: Andreas Conradt  
Korrektorat: Wilma Wallat

**Druck, Papier, Farben**  
dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover  
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White  
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



**Weitere Text- und Bildrechte**  
wie namentlich gekennzeichnet

### Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

**23. September**

Anlässlich des 40. Jahrestages des „Gorleben-Trecks“ nach Hannover berichtete die Ausstellung „Trecker nach Honnover“ von diesem großen Demonstrationzug und ordnete ihn in die AKW-Debatte jener Jahre ein. Sie zeigte auch die Entwicklung im Wendland bis in unsere Tage – zwischen Furcht vor atomaren Gefahren, breiter Protestkultur und neuem Selbstbewusstsein. Nun ist diese analoge Ausstellung in eine digitale Form überführt worden und kann auf der Website: [www.gorleben.hm-hannover.de](http://www.gorleben.hm-hannover.de) abgerufen werden.

**4. Oktober**

Die BI Lüchow-Dannenberg weist darauf hin, dass die Sonntagsspaziergänge um das ehemalige Erkundungsbergwerk in Gorleben auch nach der Entscheidung über das Aus des Salzstockes weitergehen. Mit-Organisator Dieter Metk teilte der BI mit: „Der Sonntagsspaziergang lebt bis der Schwarzbau zugeschüttet ist. Wir treffen uns jeden Sonntag um 13.00 Uhr an der Beluga.“

**21. Oktober**

Vertreter der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) haben auf einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und atomare Angelegenheiten in der Samtgemeinde Gartow über die Umsetzung der Projekte im Zwischenlager Gorleben informiert. Dr. Klaus-Jürgen Brammer berichtete über die Fortschritte der geplanten Klimatisierung des Abfallzwischenlagers Gorleben (AZG): „Das Überwachungs- und Klimatisierungskonzept wurde mit unserer Aufsichtsbehörde, dem Niedersächsischen Umweltministerium, abgestimmt. Wir liegen im Zeitplan und setzen die einzelnen Maßnahmen wie vorgesehen um.“



23.09.



04.10.



12.10.



20.10.



21.10.

Mitte Oktober fand die Dannenberger Fukushima-Mahnwache zum 500. Mal in Folge statt. Seit der Katastrophe im japanischen AKW treffen sich wendländische Atomkraftgegner/-innen regelmäßig jeden Montag im Zentrum der Stadt. Sie werfen der Regierung in Japan vor, knapp zehn Jahre nach dem Tsunami und dem GAU von Fukushima Normalität vorzugaukeln und damit auch das Geschäftsinteresse der Nuklearfirma Tepco zu bedienen.

**Meldung vom 12. Oktober**

Mitte Oktober hat die BI Interessierte zu einem „Ratschlag“ in die Bauernstuben nach Trebel eingeladen. Nach einer Präsentation der Ergebnisse von der Auftaktveranstaltung der *Fachkonferenz Teilgebiete* durch BI-Sprecher Wolfgang Ehmke (Foto) blieb Raum für die Formulierung von Eindrücken von der Konferenz durch die Zuhörer/-innen. Da Lüchow-Dannenberg auch ohne Gorleben ein mögliches Teilgebiet für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle bleiben wird, wurde auch über die nächsten Arbeitsschritte und die Erwartungen an die *Fachkonferenz Teilgebiete* gesprochen.

**Meldung vom 20. Oktober**

**21. November**

Mit einer Verzögerung von 17 Jahren nach dem Terrorangriff auf die Twin Towers in New York im September 2001 wurden 2018 Sicherungsmaßnahmen für das Zwischenlager Gorleben genehmigt. Dabei geht es um die Sicherung der Atommülldeponie mit ihren 113 Castor-Behältern gegen Störmaßnahmen und „sonstige Einwirkungen Dritter“ (SEWD). Beantragt wurden der Bau einer Schutzmauer und einer Sicherungszentrale sowie die Verstärkung des Durchfahrtschutzes. Doch außer wiederholten Versprechungen habe die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) bisher nichts Vorzeigbares zu bieten, kritisiert die BI Lüchow-Dannenberg. Auf keinen Fall dürfe man der BGZ die Hinhalte-taktik durchgehen lassen, wenn sie – wie jüngst vor dem Ausschuss für Atomana-lagen des Gartower Samtgemeinderats – davon spreche, dass es Zielkonflikte zwischen Baurecht und Atomrecht gebe und deshalb nichts geschehe.

**1. Dezember**

Die BI Lüchow-Dannenberg hat Anfang Dezember Online-Sprechstunden zur Endlagersuche angeboten – und wird die Reihe im nächsten Jahr fortsetzen. Der Salzstock Gorleben-Rambow ist bekanntlich nicht mehr im Rennen um das Endlager für hochradioaktiven Abfall dabei, aber mit den Tonvorkommen sind weite Gebiete des Landkreises Lüchow-Dannenberg weiter im Suchverfahren: BI-Sprecher Wolfgang Ehmke hat jeweils ein kurzes Impulsreferat gehalten. Die BI richtet sich mit dieser rund 60-minütigen Online-Information in erster Linie an Interessierte, die keine besonderen Kenntnisse vom Suchverfahren haben, sich aber zum Suchverfahren positionieren sollten. Insbesondere sind das auch Ratsmitglieder in vielen Gemeinden.

**1. Dezember**

Die BI Lüchow-Dannenberg kommt in den Genuss einer Förderung durch die neue „Stiftung Atomerbe“ der Anti-Atom-Initiative .ausgestrahlt. Der Förderbetrag von 500 Euro soll zur Sanierung und Erweiterung einer Ausstellung in unmittelbarer Nähe des Bergwerks in Gorleben verwendet werden. Die „Stiftung Atomerbe“ will den Nachkommen der heutigen Atomkraftgegner/-innen ein finanzielles Vermächtnis hinterlassen: Die Generation, die den Atomausstieg in Deutschland erstritten hat, hinterlässt ihren Nachkommen finanzielle Mittel, die sie einsetzen, um zu erstreiten, dass bei der Lagerung des Atommülls die Sicherheit an erster Stelle steht und nicht etwa politische oder ökonomische Interessen.



▶ 21.11.

▶ 21.11. ◀

▶ 01.12.

▶ 01.12.

▶ HINWEIS ◀

Die wendländische Anti-Atom-Aktivistin Kerstin Rudek ist die „Stromrebelin 2020“. Die ehemalige Vorsitzende der BI Lüchow-Dannenberg wurde Mitte November für ihren „mutigen Widerstand sowie ihr grenzüberschreitendes Engagement“ ausgezeichnet. Bereits 1982 demonstrierte Rudek als Jugendliche gegen das geplante atomare Endlager in Gorleben. Der Erfolg der Bewegung: Seit Ende September wird der Salzstock im Wendland nicht mehr als möglicher Standort für Atommüll geführt. Den Ehrenpreis „Schönauer Stromrebell“ verleihen die Schönauer Energieinitiativen gemeinsam mit den Elektrizitätswerken und der Stadt Schönau. In deren gemeinsamer Erklärung heißt es: „Die Preisträger/-innen sind Menschen, die mit persönlichem Engagement Visionen umsetzen, Widerstände überwinden und sich mit ganzem Herzen für die Umwelt und eine nachhaltige Wirtschaftsweise einsetzen.“

▶ **Meldung vom 21. November**

Gefördert von der Umweltstiftung Greenpeace konnte das Gorleben Archiv in Lüchow in Zusammenarbeit mit dem Journalisten und Kameramann Dirk Drazewski Zeitzeugen zu Wort kommen lassen. Unter der Fragestellung „Wie wichtig sind Auseinandersetzungen für eine Demokratisierung und unsere Zukunft“ oder „Wie geht es weiter mit der Endlagersuche“ wurden interessante Gespräche mit aufschlussreichen Einblicken geführt. Das internationale, große und ungelöste Problem eines Endlagers für hochradioaktiven Müll ist aktueller denn je. Die Macher der Videos sprachen mit Menschen aus Lüchow-Dannenberg, die durch den jahrelangen Kampf um Gorleben nie aufgehört haben sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und ließen dabei insbesondere die junge Generation zu Wort kommen. Die Videos können abgerufen unter [www.gorleben-archiv.de](http://www.gorleben-archiv.de)

▶ **HINWEIS** ◀

**10. September**

Der Bundestag Mitte Oktober der Verordnung über die Anforderungen an die Sicherheit eines künftigen Endlagers für hochradioaktive Abfälle zugestimmt. Sie enthält die Kriterien für die Durchführung von vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen im Rahmen des Standortauswahlverfahrens. In diesen Untersuchungen wird in jeder der drei Phasen des Suchprozesses geprüft, ob ein mögliches Endlager in den untersuchten Gebieten die Sicherheitsanforderungen einhalten würde. Eine Entwurfsfassung der Verordnung wurde im Juli 2019 veröffentlicht und konnte über einen Zeitraum von vier Monaten öffentlich kommentiert werden. Davon haben auch Initiativen aus der Anti-Atom-Bewegung Gebrauch gemacht. Zusätzlich fand im September 2019 ein öffentliches Symposium statt, auf dem der Verordnungsentwurf vorgestellt und seine Inhalte im Detail diskutiert wurden. Mit der jetzt erfolgten Zustimmung des Bundestages kann die Verordnung in Kraft treten.

**12. November**

Der schwedische Stromkonzern Vattenfall will höhere Ausgleichszahlungen für den Atomausstieg in Deutschland. Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) war jetzt erfolgreich, der Erste Senat beanstandete handwerkliche Fehler, die die Entschädigungszahlungen für den beschleunigten Atomausstieg regeln sollten. „Das ist mehr als ärgerlich“, merkt die BI Lüchow-Dannenberg an, „weil Vattenfall nun mit der raschen Abschaltung der Pannereaktoren Brunsbüttel und Krümmel Geld machen will.“ Bis zum Jahr 2022 werden alle Atomkraftwerke abgeschaltet. Als die Verantwortung für die Atommüll-Entsorgung neu geregelt wurde, zahlte Vattenfall gerade einmal 1.8 von insgesamt 24 Milliarden Euro in den Entsorgungsfonds – „eine lächerliche Summe angesichts der Kosten, die auf die Gesellschaft für die Zwischen- und Endlagerung der nuklearen Hinterlassenschaften der Konzerne zukommen“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Dass Vattenfall, weil auf dem Papier Reststrommengen ihrem Geltungsbereich zugeschrieben wurden, nun Kasse machen will, ist aus Sicht des Konzerns nachvollziehbar, gesellschaftlich aber verwerflich. Bleibt der schwache Trost, dass am Atomausstieg nicht gerüttelt wurde.“



10.09.

22.09.

12.11.

24.11.

2014 genehmigte die Europäische Kommission eine staatliche Förderung des Kernkraftwerks Hinkley Point C in Großbritannien. Es soll 2023 in Betrieb gehen und 60 Jahre laufen. Die Kommission stellte damals fest, dass die Beihilfe mit dem Binnenmarkt vereinbar sei. Österreich erhob daraufhin beim EU-Gericht Klage auf Nichtigerklärung des Beschlusses der Kommission. Die Klage wurde 2018 abgewiesen. Dagegen legte Österreich Rechtsmittel ein, woraufhin der Gerichtshof zu befinden hatte, ob der Bau eines AKWs in den Genuss einer staatlichen Beihilfe kommen kann. Der Gerichtshof hat dies nun bejaht. Er hat das Rechtsmittel zurückgewiesen und darauf hingewiesen, dass eine staatliche Beihilfe als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden kann, wenn sie zwei Voraussetzungen erfüllt: Sie muss zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete bestimmt sein und darf die Handelsbedingungen nicht in einem Maße verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft. Nicht erforderlich ist hingegen, dass mit der geplanten Beihilfe ein Ziel von gemeinsamem Interesse verfolgt wird. Entsprechend hat der Gerichtshof die verschiedenen Argumente Österreichs, mit denen geltend gemacht wurde, dass der Bau eines neuen Kernkraftwerks kein solches gemeinsames Ziel sei, als unbegründet zurückgewiesen.

**Meldung vom 22. September**

Der weltweit führende Bergbaukonzern LKAB aus Schweden hat eine Umstellung auf umweltfreundlichen Bergbau für die Minen in Kiruna und Gällivare angekündigt. „Der Wechsel von Eisenerzpellets auf CO<sub>2</sub>-freien Eisenschwamm wird die Möglichkeiten Europas, seine Klimaziele zu erreichen, verbessern. Wir werden eine Verringerung von zwei Dritteln aller schwedischen CO<sub>2</sub>-Emissionen erreichen. Das ist dreimal so viel wie der Effekt, alle Autos in Schweden stillzulegen. Es ist der größte Beitrag, den Schweden für die Rettung des Klimas leisten kann“, sagte der LKAB-Vorstandsvorsitzende Jan Moström. Darüber hinaus wird in den Ausbau erneuerbarer Energien und Wasserstoff investiert, um die Umstellung zu ermöglichen. Sie soll rund 3000 neue Arbeitsplätze in der Region Norrbotten schaffen, die sich nach Angaben von LKAB zu einem Zentrum einer grünen industriellen Transformation entwickeln wird. Die Transformation von LKAB erfordert massive Investitionen von etwa 1 bis 2 Milliarden Euro pro Jahr in einem Zeitraum von etwa 15 bis 20 Jahren.

**Meldung vom 24. November**

**HINWEIS**

Vom 8. bis 14. Februar 2021 reflektieren im Literaturfestival *Lesen ohne Atomstrom* mehr als drei Dutzend Autor/-innen und Künstler/-innen aus aller Welt mit zehn Arrangements in Hamburgs *Akademie der Künste* das Aufheizen des Planeten, die Vermüllung der Ozeane, atomare GAUs, das Meucheln der Arten oder Zig-Millionen auf der Flucht. „Niederlagen des rationalen Menschen“ nennt Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch die existenziellen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – und mit diesem Zitat ist auch das neue Programm von *Lesen ohne Atomstrom* überschrieben. Der Eintritt für Zuschauer ist wie immer frei. Das Programm kann eingesehen werden unter [www.lesen-ohne-atomstrom.de](http://www.lesen-ohne-atomstrom.de).

**HINWEIS**

Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies sieht das Land gut gerüstet für die hoch emotionalen Debatten um ein Atommüll-Endlager. Große gesellschaftliche Organisationen, Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags und Multiplikatoren debattierten bei einem ersten Termin mit Minister Lies und Landesbischof Ralf Meister über die Herausforderungen für das Land. „Wenn die Entscheidung am Ende nicht fair, transparent und anhand nachprüfbarer Kriterien getroffen wird, dann haben wir alle verloren“, warnte Lies mit Blick auf die leidvollen, jahrzehntelangen Atomdebatten gerade in Niedersachsen. In der Neustädter Kirche gab der Minister den Startschuss für ein „Niedersächsisches Begleit-Forum Endlager“ – einem überparteilichen Bündnis von Politik und Zivilgesellschaft sowie aller relevanter Akteurinnen und Akteuren auch auf regiona-

**HINWEIS****HINWEIS****HINWEIS**

Der Fotograf Jim Rakete hat nach eigenen Angaben einen „Film für die ersehnte grüne Wende“ produziert. Der Titel lautet schlicht NOW. In seinem Kinodebüt trifft der berühmte Kult-Fotograf auf Generation Greta. Sechs junge Klimaaktivist/-innen melden sich hier zu Wort, darunter Luisa Neubauer (Fridays for Future), Felix Finkbeiner (Plant for the Planet) und Nike Mahlhaus (Ende Gelände). Warum sind sie Aktivistinnen geworden? Was steht auf dem Spiel? NOW startet am 28. Januar 2021 bundesweit in den Kinos oder, falls die Kinos coronabedingt noch geschlossen sind, online auf Vimeo. Weitere Infos zu NOW gibt es auf [www.wfilm.de/now](http://www.wfilm.de/now)

**HINWEIS**

ler Ebene. „Bürgerinnen und Bürger, Organisationen, Kirchenvertreter und Initiativen treffen sich bis zu dreimal im Jahr, um den Suchprozess kritisch zu begleiten. Das Begleitforum sammelt Bürger-Anregungen, formuliert Beschwerden und regt Initiativen für die Landespolitik an. Das Forum formuliert die Forderungen aus Niedersachsen während des gesamten Suchprozesses – auch über Legislaturperioden hinweg“, nannte Lies die wichtigsten Ziele: „Das Begleitforum soll in der Endlager-Debatte zugleich ein Seismograph und Frühwarnsystem sein.“ Begleitet und koordiniert wird das Forum durch das Umweltministerium. Weitere Informationen sowie eine Terminübersicht gibt es auf [www.begleitforum-endlagersuche.de](http://www.begleitforum-endlagersuche.de).



Nach 15925 Tagen Widerstand

# Gorleben ist raus!

**Aus!** Im Zwischenbericht Teilgebiete der Bundesgesellschaft für Endlagerung steht es schwarz auf weiß: „Der Salzstock Gorleben ist nach Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien (...) kein Teilgebiet geworden.“ Er wird daher bei den weiteren Arbeiten zur Standortsuche nicht weiter betrachtet. Wolfgang Ehmke kommentiert das Aus nach 15925 Tagen.

Für uns war es am 28. September keine Überraschung, dass der Salzstock Gorleben-Rambow beim geowissenschaftlichen Ranking durch- und als Endlagerstandort herausfiel. Die Fakten, die gegen eine Eignung sprechen, sind lange bekannt, nun sind sie auch amtlich. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat in ihrem Zwischenbericht, den sie am 28. September in Berlin vorgestellt hat, ein besonderes Kapitel zu Gorleben angelegt und die Ausschlussgründe dargelegt. Da mag man in Bayern schäumen, aber Gorleben ist wissenschaftsbasiert raus. Klar stand bis zum Schluss die Befürchtung im Raum, dass der bisherige Standort als Rückfalloption durch das Endlagersuchverfahren geschleppt wird. Doch das ist nun Geschichte.

Damit haben wir mehrfach Geschichte geschrieben, das dürfen wir mit Fug und Recht behaupten, generationenübergreifend, bunt, unverzagt, frech und mit langem Atem. Vor 43 Jahren sollte in Gorleben ein riesiges Atommüllzentrum gebaut werden. Das Herzstück, eine Plutoniumfabrik, war Ausdruck des staatlichen Bestrebens, die zivile Nutzung der Atomkraft mit der militärischen Teilhabe zu verknüpfen. Man muss schon in die 50er-Jahre zurückschauen: Atomminister Franz-Josef Strauß (CSU) schielte darauf, und die Energiewirtschaft wurde gedrängt, statt auf Kohlekraftwerke auf die Atomkraft zu setzen.

Der Widerstand im Land war groß. Nicht nur im Wendland. Und der Gorleben-Treck nach Hannover im Jahr 1979 brachte die erste Wende. 100 000 Menschen bejubelten den Treck, aufgeschreckt durch die Havarie im amerikanischen Atomkraftwerk Three Miles Island (Harrisburgh). „Technisch machbar, aber politisch nicht durchsetzbar“, sagte

schließlich genau derjenige, der uns Gorleben auf großen Druck des politischen Bonn unter Kanzler Helmut Schmidt (SPD) eingebrockt hatte: Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) ruderte zurück. Er sah darin zumindest die Chance, in Gorleben das Endlagerprojekt durchzusetzen.

Auch Wackersdorf scheiterte, zusätzlich befeuert durch die bundesweiten Proteste nach dem Super-GAU in Tschernobyl. Ob in Wyhl, Brokdorf, Grohnde oder anderswo – Menschen gingen auf die Straße und forderten den Atomausstieg, der Ausbau des Atomprogramms stotterte, und der außerparlamentarische Protest (APO) erwies sich als Korrektur für eine verfehlte Energiepolitik. Selbst das Bundesverfassungsgericht verwies darauf, dass diese ungezügelter Proteste ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie seien.

Bei jedem Castortransport in den Jahren zwischen 1995 und 2011 wurde das Wendland der zentrale Ort, wo auf Kundgebungen, auf der Straße und der Schiene der Atomausstieg eingefordert wurde. Und der Ausbau der regenerativen Energien. Und das Ende des Ausbaus des „Erkundungsbergwerks“. Der schreckliche Tsunami in Japan mit der anschließenden Reaktorkatastrophe von Fukushima wirkte schließlich wie ein Dammbrech – Abertausende gingen für den Atomausstieg auf die Straße und – wer hätte das gedacht? – ausgerechnet Schwarz-Gelb, das zuvor noch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und das Ende des Gorleben-Moratoriums beschlossen hatte, stoppte den Irrsinn.

Dass nach dem jahrzehntelangen politischen Patt, währenddessen Gorleben immer noch als unterirdische Deponie für die hochradioaktiven Abfälle im Spiel blieb, ein neues Suchgesetz beschlos-

sen wurde, geht unweigerlich auf die nicht versiegenden Proteste gegen die Castortransporte in den Jahren 2010 und 2011 zurück. Gut daran ist, dass es ein vergleichendes Suchverfahren geben sollte und dass der bisherige Standort nun wissenschaftsbasiert herausfiel. Schlecht daran ist, dass das neue Suchverfahren nicht für alle Arten von Atommüll gestartet wurde und der Schacht Konrad, auch so ein überkommenes 70er-Jahre-Projekt, immer noch als Standort für die schwach- und mittelaktiven Abfälle gilt. Niemand würde heutzutage ein ausgedientes (Erz-)Bergwerk als Atommülldeponie wählen. Schlecht ist auch, dass es bei der Endlagersuche keine wirkliche Mitbestimmung Betroffener gibt... Die Rolle der Zivilgesellschaft, das lehrt uns doch die Gorleben-Erfolgsgeschichte, ist von zentraler Bedeutung.



**Wir haben Geschichte geschrieben: bunt, unverzagt, frech!**

Wolfgang Ehmke

Unser Widerstandssymbol, das X, ist längst weitergewandert, es taucht unter anderem in den Dörfern auf, die vom Braunkohleabbau betroffen sind. Denn längst geht es nicht mehr allein um die Atomkraft, sondern um eine Energiepolitik ohne Kohle und Atom. Wie ein Sauerteig hat der widerständige Geist der „Zivilgesellschaft“, wie die APO heute heißt, das ganze Land erfasst. In diesem Sinne: Gorleben lebt.





# Ehrenrunde – aber anders!

## Der Widerstand feierte seinen Erfolg in Gorleben

Nach dem Ausscheiden Gorlebens bei der weiteren Endlager-suche feierten eine Woche nach Vorstellung des *Zwischenberichts Teilgebiete* rund 2000 Menschen den politischen Erfolg an den Atomanlagen in Gorleben. Sie wurden umrahmt von vielen Traktoren der Bäuerlichen Notgemeinschaft.

Jahrzehntelang hatten sich Tausende bei den Castortransporten nach Gorleben quergestellt, den Atomausstieg und die Aufgabe des geologisch untauglichen Salzstocks Gorleben-Rambow als Atommülldeponie eingefordert.

„In den über 40 Jahren hat sich gezeigt, wie fundamental wichtig außerparlamentarisches Engagement ist“, sagte Wolfgang Ehmké, Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). „Erst kippten die Pläne, eine Plutoniumfabrik im Wendland, schließlich in der BRD zu errichten, der Atomausstieg ist so gut wie besiegelt, die Castortransporte sind gestoppt – und nun hat die Wissenschaft gepunktet: Das Endla-

gerprojekt hätte schon längst aufgeben werden müssen. Wir haben Geschichte geschrieben. Wissenschaftsbasiert ist nun der bisherige Standort aus dem Endlager-suchverfahren ausgeschieden.“ Auch wenn Gorleben als Standort nicht mehr Teil des Verfahrens ist, geht die Kritik an dem Standortauswahlverfahren weiter. Martin Donat, BI-Vorsitzender: „Gorleben ist raus. Wir als Region sind nicht raus. Die Geschichte von Gorleben ist eine Mahnung, wie ein Konflikt eskalieren kann, wenn es politische Einflussnahme, mangelnde Transparenz und fehlende Mitbestimmung gibt – genau das bemängeln wir auch im laufenden Suchverfahren.“ Für die jetzt von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ausgewählten 90 Teilgebiete stehe nicht einmal ein Budget für wissenschaftliche Expertisen zur Verfügung, so Donat weiter.

Edo Günther, Sprecher des BUND-Arbeitskreises Atomenergie und Strahlenschutz, verwies auf die Probleme der Zwischenla-

gerung des atomaren Mülls. Auch Gorleben bleibe schließlich Atommüllstandort mit 113 Castorbehältern und dem schwach- und mittelaktiven Müll. Die Lagerungs-genehmigung in Gorleben laufe im Jahr 2034 aus – ein Endlager sei dann noch lange nicht in Betrieb. 43 Jahre könne man bei einem anderen Themenfeld nicht warten, warnten verschiedene Redner/-innen mit Blick auf die Erderwärmung und die Klimakrise. Deshalb sei es wichtig, dass das widerständische gelbe X weitergetragen wird. So taucht es bereits in vom Braunkohleabbau bedrohten Dörfern auf. Zum Abschluss der Kundgebung brachen die Teilnehmer/-innen – in Anspielung an ein Wort vom damaligen Bundesumweltminister Peter Altmaier – zur berühmten „Ehrenrunde“ um das Bergwerksgelände auf. Der Minister hatte 2013 bei einem Besuch im Wendland zynisch davon gesprochen, dass Gorleben bei der Endlagersuche eine Ehrenrunde machen müsse. So, Herr Altmaier, kann man sich irren!

Fotos: PubliXviewing



# Einsturz des Lügengebäudes

Ein Kommentar von Mathias Edler

Bei aller gebotenen Skepsis nach vier Jahrzehnten Täuschung und Trickserei: Dass Gorleben aus geologischen Gründen jetzt nicht einmal die erste Runde des neuen Endlagersuchverfahrens überstanden hat, ist natürlich ein Grund zum Feiern! Jetzt kann kein Minister mehr hinter vorgehaltener Hand einem anderen Standort zuraunen: „Wir gucken nur alibimäßig bei Euch, bleibt ganz ruhig, am Ende wird es eh Gorleben.“ Der Ausschluss von Gorleben war und ist die Voraussetzung für eine wirklich ergebnisoffene Endlagersuche. Die kann jetzt beginnen. Und sollte die zum Beispiel beim Salzstock Waddekath landen, der für den Südkreis des Wendlands genauso weit entfernt liegt wie Gorleben, dann werden wir wieder mit Argusaugen hinschauen – aber wir werden eine Untersuchung hinnehmen müssen.

Natürlich müssen wir auch sonst wachsam bleiben, so ein Verfahren kann schnell komplett auseinanderfliegen, wenn noch mehr Bundesländer sich der Haltung Bayerns anschließen: „Bei uns auf keinen Fall!“ Der langjährige journalistische Begleiter des Atomkonflikts Michael Baumüller (Süddeutsche Zeitung) findet, dass Gorleben deshalb nicht so früh hätte ausscheiden dürfen. Nun entsteht der Verdacht, dass der Salzstock im Wendland aus politischen Gründen ausgeschlossen worden sei. Ja geht's noch? Nur weil bayerische Politiker genau diese komplette Verkehrung der Fakten jetzt trumpfartig wiederholen, dürfen weder Behörden noch politische Mandatsträger ihr Handeln nach Lügen ausrichten! Hätte Gorleben im Ernst aus solch kruden, strategischen und populistischen Überlegungen politisch manipuliert bis zum Schluss im Verfahren bleiben sollen? Mit dem Risiko, dass der

untaugliche Salzstock dann doch noch zum Endlager gemacht wird?

Nein, die Entscheidung der BGE vollzieht nur das nach, was so lange überfällig war. Der Salzstock wurde 1977 als Teil eines nuklearen Entsorgungszentrums aus politischen Gründen ausgewählt: strukturschwache Region, ein Landbesitzer, viel unbewohnte Fläche. Endlagerkriterien spielten eine untergeordnete Rolle. Die obertägige Erkundung des Salzstocks endete 1983 aufgrund der vorgefundenen geologischen Mängel mit der Empfehlung: „Erkundung anderer Lagerstätten!“. Trotzdem wurde auf politischen Druck hin die Entscheidung zur untertägigen Erkundung getroffen – und fortan die Kriterien den negativen weiteren Erkundungsbefunden angepasst. Diese bewussten Fehlentscheidungen hatten 1987 bei einem Unfall im Schacht immerhin den Tod eines Bergmanns zur Folge! Von den vielen körperlich und seelisch verletzten Bürger/-innen während der Proteste vom Hüttendorf bis zu den Castortransporten ganz zu schweigen. Viele der Manipulationen haben deutsche Beamte/-innen fein säuberlich protokolliert – und wir konnten mit der Veröffentlichung der Gorleben-Akten diese Lügen anhand ihrer eigenen Aufzeichnungen als solche entlarven. Leider können die Schreibtischtäter juristisch nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Leider kommen auch Politiker, die sich die Taschen mit Atomschmiergeldern vollgestopft haben und sich damit ihre Lügen haben vergolden lassen, ungeschoren davon.

Am Ende bleibt uns aber wenigstens die Genugtuung (frei nach Lilo Wollny): Euer Lügengebäude ist doch noch wie ein Kartenhaus zusammengebrochen! Gorleben lebt!





# Ausgerechnet Gorleben?

Das Aus hat rein wissenschaftliche Gründe – und ist unumkehrbar

**Geologie** 54 Prozent der Bundesrepublik sind von Teilgebieten bedeckt, die eine günstige geologische Gesamtsituation für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen. Und ausgerechnet der Salzstock Gorleben, der über Jahrzehnte erkundet worden ist, ist kein Teilgebiet? Diese Frage ist nach der Veröffentlichung des *Zwischenberichts Teilgebiete* mehrfach gestellt worden. Die Gründe, warum der Salzstock bei der weiteren Standortsuche keine Rolle mehr spielt, hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung detailliert erläutert.

Die BGE-Expert/-innen haben in den vergangenen Jahren rund 400 steil stehende Salzstrukturen betrachtet. Davon haben 139 Salzstöcke alle Mindestanforderungen und kein Ausschlusskriterium erfüllt. (Glossar: S. 17)

## ► Gorleben bleibt drin – bei den Ausschlusskriterien

Auch für Gorleben sind zunächst die Ausschlusskriterien angewendet worden. Dabei ist das Bergwerk noch nicht ausgeschlossen worden. Denn im §22.3 des Standortauswahlgesetzes (StandAG) heißt es: „Folgen von Maßnahmen zur Erkundung potenzieller Endlagerstandorte bleiben bei der Anwendung des Kriteriums (...) außer Betracht.“ Das gleiche gilt für Bohrungen, die im Rahmen der Erkundungen des Salzstocks Gorleben als Endlager vorgenommen worden sind.

Darüber hinaus gibt es im oder am Rande des Salzstocks auch Erkundungsbohrungen der Kohlenwasserstoff-Industrie, also Boh-

rungen vom Anfang des 20. Jahrhunderts, die ermitteln sollten, ob sich eine Ausbeutung von dort vermuteten Öl- oder Gasvorkommen lohnen könnte. Diese Bohrungen sind mit der generellen Methode der BGE ausgeschlossen worden: Der Bohrverlauf ist zwischen 300 und 1500 Metern unterhalb der Geländeoberkante mit einem 25-Meter-Puffer umgeben und ausgeschlossen worden. Es ist kein weiteres Ausschlusskriterium zum Tragen gekommen, denn so genannte Scheitelstörungen, die aufgrund der Entstehungsgeschichte des Salzstocks typisch sind, führen nicht zu einem Ausschluss des Salzstocks. Sie entstehen beim Aufstieg der Salzstruktur während der eigentlichen Entstehung und befinden sich oberhalb der Salzstöcke.

## ► Gorleben bleibt drin – bei den Mindestanforderungen

Der nächste Bearbeitungsschritt prüft die Einhaltung der Mindestanforderungen. Da in diesem frü-

hen Stadium des Standortauswahlverfahrens die genaue Lage eines einschlusswirksamen Gebirgsbereichs noch nicht bekannt ist, wurde für alle Gebiete im Wirtsgestein Steinsalz aufgrund der bekannten Eigenschaften eine ausreichend geringe Gebirgsdurchlässigkeit angenommen und damit die Mindestanforderung Nr. 1 „Gebirgsdurchlässigkeit“ im einschlusswirksamen Gebirgsbereich auch in Gorleben als erfüllt angesehen. Der einschlusswirksame Gebirgsbereich beschreibt den Teil des Gesteins, in dem die hochradioaktiven Abfälle für mindestens eine Million Jahre von Mensch und Umwelt abgeschirmt werden sollen.

Die Mindestanforderung Nr. 2 zur minimalen „Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs“ – gefordert sind hier 100 Meter – erfüllt der Salzstock Gorleben-Rambow mit seiner Mächtigkeit von bis zu 1000 Metern ebenfalls.

Auch die Mindestanforderung Nr. 3 – „minimale Teufe des ein-





schlusswirksamen Gebirgsbereichs“ unterhalb der Geländeoberkante, gefordert sind 300 Meter – erfüllt der Salzstock. Für Steinsalz in steiler Lagerung müssen über dem potenziellen einschlusswirksamen Gebirgsbereich 300 Meter Salzscheibe vorhanden sein. Zum Abgleich dieser Mindestanforderungen ist das 3D-Modell des Landes Niedersachsen verwendet worden. Das gilt ebenfalls für die Mindestfläche, die im Gestein vorhanden sein muss, um ein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle zu bauen. Damit ist auch die Mindestanforderung Nr. 4 zur „Fläche eines Endlagers“ im Salzstock Gorleben-Rambow erfüllt. Mit Blick auf die letzte Mindestanforderung Nr. 5 – „Erhalt der Barriere Wirkung“ für eine Million Jahre – gibt es zum jetzigen Zeitpunkt des Standortauswahlverfahrens keine Zweifel. Der Grund für diese Einschätzung ist die große Mächtigkeit des Salzstocks.

► **Abwägungskriterien – wie funktioniert das?**

Auf die identifizierten Gebiete, die alle Mindestanforderungen und kein Ausschlusskriterium erfüllen, hat die BGE die geowissen-

schaftlichen Abwägungskriterien angewandt. „Anhand geowissenschaftlicher Abwägungskriterien wird jeweils bewertet, ob in einem Gebiet eine günstige geologische Gesamtsituation vorliegt“, heißt es in §24 des StandAG. Um das zu überprüfen, gibt es innerhalb der Abwägungskriterien elf Kriterien, die ihrerseits mit insgesamt 40 Indikatoren hinterlegt sind. Die BGE hat die Anwendung mit Hilfe eines selbst entwickelten Bewertungsmoduls vorgenommen. Die Basis für die Bewertung aller Indikatoren und Kriterien sind die von den Bundes- und Landesbehörden gelieferten



**Vertrauen in das Verfahren entsteht allein durch die konsequente Anwendung der normierten Kriterien**

Steffen Kanitz, Geschäftsführer der BGE

Geodaten – auch für den Salzstock Gorleben-Rambow. Denn §36 des StandAG gibt klar vor, dass der Salzstock im Wendland wie jedes andere Gebiet behandelt werden soll.

Für die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien sind zumeist gebietspezifische,

detaillierte Informationen notwendig. Sie liegen zum derzeit frühen Stadium des Standortauswahlverfahrens nicht flächendeckend vor. Daher erfolgt die Bewertung einiger Kriterien anhand von wirtsgesteinsspezifischen Referenzdatensätzen. In diesen werden Messwerte und Informationen aus Fachliteratur für jedes der in Frage kommenden Wirtsgesteine zusammengefasst.

► **Gorleben fliegt raus – durch die Abwägungskriterien**

Im Ergebnis der geowissenschaftlichen Abwägung für den Salzstock Gorleben-Rambow wurden acht Kriterien mit „günstig“ und drei mit „nicht günstig“ bewertet. Die drei nicht günstigen Kriterien sind zum einen die Rückhaltefähigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs für Radionuklide, also die Fähigkeit, radioaktive Teilchen chemisch zu binden. Desweiteren ungünstig bewertet wurden die hydrochemischen Verhältnisse, also beispielsweise die Frage, in welchem Bereich sich der pH-Wert des Tiefenwassers befindet, sowie schließlich der Schutz des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs durch das intakte Deckgebirge. Die beiden



ersten Kriterien fallen für Gebiete im Wirtsgestein Steinsalz generell „nicht günstig“ aus, was an den typischen Eigenschaften von Steinsalz liegt. Das Kriterium „Schutz des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs durch das Deckgebirge“ ist in Gorleben anhand seiner drei Indikatoren für alle steil stehenden Salzstrukturen mit jeweils gebietsspezifischen Daten individuell bewertet worden.

### ► Das marode Deckgebirge gibt den Ausschlag

Für den Salzstock Gorleben-Rambow sind alle drei Indikatoren des Deckgebirgskriteriums mit „ungünstig“ bewertet worden. Im Detail sind das die „Überdeckung des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs mit grundwasserhemmenden Gesteinen“, die „Verbreitung und Mächtigkeit grundwasserhemmender Gesteine im Deckgebirge“ und die „Verbreitung und Mächtigkeit erosionshemmender Gesteine im Deckgebirge des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs“, bewertet durch zwei Prüfgrößen: Erstens ist der Abstand der Struktur-Oberfläche zur Geländeoberkante für den Salzstock Gorleben-Rambow, insbesondere im größeren Bereich auf niedersächsischer Seite, gering, teilweise nur etwa 270 Meter unter der Geländeoberfläche. Die entscheidende zweite Prüfgröße ist aber der Abstand der Struktur-Oberfläche zur Quartärbasis, also der jüngsten erdgeschichtlichen Ablagerungsschicht, die geprägt ist durch Ablagerungen in Folge der Eiszeiten. Ein großer Teil des Salzstocks schneidet die Quartärbasis, das heißt, er steht in direktem Kontakt mit quartären Sedimenten. Das ist deshalb ungünstig, weil Ablagerungen des Quartär häufig sehr wasser-durchlässig sind. Außerdem besteht das Quartär aus Lockersedimenten, die in der Zukunft leicht wieder erodiert werden können. Daraus ergab sich die Bewertung als „ungünstig“ für die ersten bei-



den Indikatoren des Kriteriums. Der dritte Indikator sind „strukturelle Komplikationen im Deckgebirge, aus denen sich subrosive, hydraulische oder mechanische Beeinträchtigungen für den einschlusswirksamen Gebirgsbereich ergeben könnten“. Zusätzlich zur relativen Lage der Struktur-Oberfläche zu den quartären Sedimenten fließt in diesen Indikator das Vorhandensein von geologischen Störungen ein. Diese sind vor allem im östlichen Teil des Salzstocks dokumentiert. In Kombination mit den als ungünstig bewerteten Indikatoren „eins“ und „zwei“ wurde auch dieser Indikator als ungünstig bewertet.

### ► Fazit

Zwei weitere Kriterien, die mit gebietsspezifischen Daten bewertet worden sind, sind für den Salzstock in Gorleben zwar insgesamt mit „günstig“ bewertet worden – das sind die Kriterien zur räumlichen Charakterisierbarkeit und zur Konfiguration des Gebirgskörpers – dennoch wird der Salzstock Gorleben-Rambow in der weiteren Suche nach einem Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle nicht weiter betrachtet.

Nach der Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien sind insgesamt 60 steil stehende Salzstrukturen als Teilgebiete ermittelt worden, die im weiteren Standortauswahlverfahren genauer betrachtet werden. Der Salzstock Gorleben gehört nicht dazu. Ein Ausscheiden aus dem Verfahren ist insgesamt mit weiteren 78 Salzstöcken passiert. So haben beispielsweise die lang diskutierten Salzstöcke Kühn-Gülze-Sumte oder die Salzstruktur Siek die Hürde der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien nicht genommen.

### ► Reaktionen auf den BGE-Bericht

Die Frage, ob Gorleben nicht besser weiter im Verfahren geblieben wäre, ist nach der Veröffentlichung des *Zwischenberichts Teilgebiete* oft gestellt worden – allen voran irritierenderweise vom Präsidenten des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Wolfram König. Auch die Unterstellung, dass es sich um eine „politische Entscheidung“ handeln könnte, ist geäußert worden – berühmtestes Beispiel ist hier der bayerische Minis-



terpräsident Markus Söder (CSU). Zu beiden Aspekten hatte BGE-Geschäftsführer Steffen Kanitz bei der Vorstellung des *Zwischenberichts Teilgebiete* in Berlin am 28. September allerdings bereits gesagt: „Es hat zu keinem Zeitpunkt den Versuch einer politischen Einflussnahme gegeben, und die Frage, wie eine solche Entscheidung ankommt, ist auch kein Maßstab, nach dem die BGE vorgehen kann. Vertrauen in das Verfahren entsteht allein durch die konsequente Anwendung der gesetzlich normierten Kriterien.“ Das Standortauswahlgesetz schließt explizit aus, dass der Salzstock Gorleben-Rambow als Referenz benutzt werden darf. „Deshalb wurden die Methode und die Vorgehensweise, wie die Kriterien angewendet wurden, nicht anhand des Standortes Gorleben entwickelt“, sagte Kanitz weiter. Dadurch sei der Salzstock Gorleben-Rambow aber nicht schlechter bewertet worden als er ist.

Dass es bei einer Ausweisung von 54 Prozent der Landesfläche als Teilgebiet „etwas komisch anmutet“, dass das Ausscheiden des Salzstocks Gorleben ein Beleg für die erste Einengung der Gebiete war, hat Steffen Kanitz schon bei der Vorstellung des Ergebnisses gesagt. Aber: Es waren insgesamt 181 identifizierte Gebiete, die über die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien zu 90 Teilgebieten reduziert worden sind. „Wir können jetzt schon sagen, dass der Salzstock Gorleben-Rambow nicht der Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ist“, sagte auch Stefan Studt, Vorsitzender der Geschäftsführung der BGE. Die Lektüre des Standortauswahlgesetzes, und damit sei nicht nur der Gorleben-Paragraph 36 gemeint, sondern vor allem der Anhang 11 des StandAG, in dem das geowissenschaftliche Abwägungskriterium zum Deckgebirge beschrieben ist, ließe keinen anderen Schluss zu, sagten beide BGE-Geschäftsführer übereinstimmend.

## BGE-Bericht blieb deutlich hinter Erwartungen der BI zurück Ein Kommentar von Wolfgang Ehmke

Die Erwartung der BI Lüchow-Dannenberg, dass Gorleben schon im ersten Vergleichsschritt herausfallen könnte, lag unter anderem darin begründet, dass die Datendichte wegen der jahrelangen Erkundung des Salzstocks Gorleben-Rambow größer ist als anderswo.

Der Salzstock Gorleben-Rambow wurde im ersten Verfahrensschritt über drei Kriterien ausgeschlossen: Das Rückhaltevermögen (hier wurde die Dissoziationskonstante gerissen), die Bewertung der hydrochemischen Verhältnisse (der pH-Wert wurde hier als nicht günstig eingestuft), und das Deckgebirge: Hier wurden alle drei Indikatoren als ungünstig bewertet. Natürlich hätte man Letzteres seit Duphorn wissen können ... Prof. Klaus Duphorn, ein Quartärgeologe aus Kiel, hatte sehr früh darauf hingewiesen, dass auf 7,5 Quadratkilometern eine Wasser abweisende Tonschicht über dem Salz fehlt.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat sich zu diesem Zeitpunkt nicht auf die Kontroverse um die Ausschlussgründe eingelassen. Eigentlich, so schrieb uns Werner Stackebrandt vor einigen Monaten, müsste Gorleben schon an den eigens für die neue Endlagersuche formulierten *Ausschlusskriterien* scheitern. Stackebrandt ist der ehemalige Leiter der Geologischen Dienste Brandenburgs und hat wiederholt darauf hingewiesen, dass der Salzstock Gorleben-Rambow in einer **aktiven Störungszone** liegt. Eine solche Lage wäre laut Gesetz ein Ausschlusskriterium. Mit dieser Einschätzung steht der Wissenschaftler nicht allein. Auch der Geologe Ulrich Kleemann hatte immer wieder auf die aktive Störungszone verwiesen. Die BI hatte damit gerechnet, dass an dieser Stelle im BGE-Zwischenbericht verbalargumentativ das Für und Wider dieser Forschungspositionen abgehandelt würde. Denn vor einigen Jahren hatte es zwischen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) und Kleemann eine heftige Kontroverse zu diesem Sachverhalt gegeben.

Auch die Vielzahl von **Bohrungen**, die nichts mit der Endlagersuche zu tun hatten, hätte den Salzstock Gorleben schon bei den *Ausschlusskriterien* scheitern lassen müssen. Derlei Bohrungen eröffnen Wasserwege, über die korrosive Lösungen, wie Salzlauge, an die Endlagerbehälter und radioaktive Partikel in die Biosphäre gelangen können. Sie eröffnen aber auch einen Einblick in die Beschaffenheit des Untergrunds, beleuchten die hydrogeologischen Verhältnisse und enthüllen Gasfunde und Ähnliches und dürfen aus Sicht der BI nicht allein unter dem Aspekt einer „Abstandsregel“ zu etwaigen Einlagerungsbereichen angesehen werden. Dennoch liegt der Arbeit der BGE genau diese Position zugrunde. Was für ein Fehler!

Was die *Mindestanforderungen* betrifft, so weist der Salzstock Gorleben-Rambow gleich mehrere Mängel auf. Eine vom StandAG geforderte geringe Gebirgsdurchlässigkeit ist nicht gegeben, denn die **Anhydritvorkommen**, die parallel zu den Flanken des langgezogenen Salzstocks jeweils das ältere vom jüngeren Steinsalz trennen, sind von Klüften durchzogen. Für fünf von acht dieser Kluftsysteme konnte deren Abgeschlossenheit nicht nachgewiesen werden ...

Das alles und noch viel mehr übergibt die BGE in ihrem Zwischenbericht. Das ist bedauerlich, weil das frühe Aussortieren des ehemaligen Standorts dann noch klarer ausgefallen wäre und die Kritiker der Entscheidung hätte verstummen lassen. Vielleicht.

## Kein Zurück möglich Eine Einschätzung

Es ist ausgeschlossen, dass der Bundestag Gorleben wieder reanimiert. Die einzige Stelle im Standortauswahlverfahren, in der er *nicht* über die Verfahrensschritte und Standorte beschließt, ist die nun erfolgte Vorlage des *Zwischenberichts Teilgebiete*. Weil Gorleben ausgeschlossen und eben *kein* Teilgebiet ist, ist es nicht möglich, dass die *Fachkonferenz Teilgebiete* im Verlauf ihrer Beratungen im ersten Halbjahr 2021 zu einem anderen Ergebnis kommen kann als die BGE, weil die ausgeschlossenen Gebiete nicht mehr Beratungsgegenstand sind.



# Gorleben ist raus – Wendland ist drin

Fast der gesamte Landkreis Lüchow-Dannenberg wird von Tongestein durchzogen

**Geologie** Salz als Wirtsgestein für ein Atommülllager ist für das Wendland kein Thema mehr. Die Region ist im Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung dennoch genannt. Sie liegt im Bereich von vier Teilgebieten mit Tongestein. Wolfgang Ehmke hat sich die Karte angeschaut.

Auch nach dem Herausfallen des bisher favorisierten Salzstocks Gorleben aus dem Verfahren der Endlagersuche bleibt der Landkreis Lüchow-Dannenberg weiterhin Suchraum, und zwar mit Vorkommen von Tongestein. „Lüchow-Dannenberg ist Teilgebiet, für uns geht es nach Gorleben gleich weiter,“ schreibt darum die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (Bl).

Dabei hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) in ihrem Zwischenbericht in der Region vier Teilgebiete identifiziert.

Beim am tiefsten in der Erde liegenden Wirtsgestein handelt es sich um Tonstein des Lias, auch als unterer Jura bezeichnet. Das Gebiet erstreckt sich auf einer Fläche von 18564 Quadratkilometern über ganz Norddeutschland. Die BGE geht davon aus, irgendwo innerhalb dieses Gebietes einen einschlusswirksamen Gebirgsbereich (ewG) von 10 Quadratkilometern ausweisen zu können, der nicht durch Störungen im Deckgebirge beeinflusst ist. Das Abwägungskriterium „Deckgebirge“ ist von den vier gebietspezifisch (für die gesamte Fläche des Gesteinskörpers, also nicht sehr standortbezogen) bewerteten Abwägungskriterien dasjenige, das mit „bedingt günstig“ gewertet wurde, weil nicht überall in diesem Gebiet von einem ungestörten Deckgebirge ausgegangen werden kann.

Direkt oberhalb befindet sich Tonstein des Dogger, auch als mittlerer Jura bezeichnet. Auch dieses



Gebiet erstreckt sich über ganz Norddeutschland und hat eine sogar noch geringfügig größere Ausdehnung als der Lias-Ton. Die dort gemachten Angaben gelten analog auch für das Tongestein im Dogger. Beide Vorkommen liegen in Norddeutschland meistens konkordant übereinander, es folgt also das eine Tonpaket direkt auf das andere.

Das Hangende des Dogger, also Malm beziehungsweise Oberkreide, wird in Norddeutschland oft von Kalken oder Sandsteinen gebildet. Die stellen den Übergang zum nächsten Gebiet dar: Ein weiteres Gebiet im Zwischenbericht der BGE beschreibt die Verbreitung von Tonstein der Unterkreide in Norddeutschland. Das Gebiet erstreckt sich auf einer Fläche von knapp 15000 Quadratkilometern über ganz Norddeutschland. Auch hier geht die BGE davon aus, irgendwo innerhalb dieses Gebietes einen ewG ausweisen zu können, der nicht durch Störungen im Deckgebirge beeinflusst ist. Das fürs Lias Gesagte, gilt auch hier: Es kann nicht überall in diesem Gebiet von einem ungestörten Deckgebirge ausgegangen werden.

Analog verhält es sich mit der Verbreitung von Tonstein des unteren Tertiär in Norddeutschland. Aber anders als die oben genannten Tonsteineinheiten aus Jura

und Kreide erstreckt sich dieses Teilgebiet nicht über Nordrhein-Westfalen. Diese Tonsteine haben eine Verbreitung von 62885 Quadratkilometern.

Dr. Saleem Chaudry, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Nukleartechnik und Anlagensicherheit am Öko-Institut in Darmstadt, hält die Ausweisung derart großer Teilgebiete für nicht zielführend: „Alle Tonsteingebiete werden gleich bewertet, im Grunde fehlen jedoch die Detailinformationen zum Deckgebirge, um diese Gebiete weiter eingrenzen zu können. Es sind einfach vier Tonformationen, die im norddeutschen Becken abgelagert wurden und dort flächig verbreitet sind.“ Norddeutschland sei in der Erdgeschichte eben über viele Jahre ein Sedimentationsraum gewesen. „Es bleibt aus meiner Sicht nun abzuwarten, wie die BGE die Gebiete weiter einengen will, denn diese großen Areale kann man kaum zu Standortregionen erklären, und neue Daten gibt es bis zum Ende von Phase 1 nicht.“ Vor diesem Hintergrund wird sich – zumindest in Teilgebieten mit Tongestein wie dem Wendland – die Arbeit der Zivilgesellschaft und etwaiger Bürgerinitiativen auf die partizipative Durchführung des Verfahrens konzentrieren müssen und weniger auf geologische Expertise stützen können.



## Endlagersuche

Seit Herbst 2017 läuft das neue **Suchverfahren für ein Lager für hochradioaktive Abfälle**. Die letzten deutschen Atomkraftwerke werden 2022 vom Netz gehen. Bis dahin werden 30000 Kubikmeter strahlender Abfall angefallen sein, für die ein Lager benötigt wird. Das Auswahlverfahren wurde von der Atommüll-Kommission (2014–2016) vorbereitet und durch das 2017 überarbeitete Standortauswahlgesetz vom Bundestag verabschiedet. Dabei wird schrittweise eine Eingrenzung von Regionen vorgenommen, die für ein Atommüll-Lager in Frage kommen. Welche Schritte genau festgelegt wurden und an welchem Punkt das Verfahren aktuell steht, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung dazu aussieht und welche Punkte kritisch zu bewerten sind, wird auf einer Website des BUND dargestellt: [www.atommuell-lager-suche.de](http://www.atommuell-lager-suche.de)

## Geologie

**Deckgebirge** – Darunter werden entsprechend den „Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle, Stand 30.09.2010“ die den ► *einschlusswirksamen Gebirgsbereich* überlagernden Gesteinsserien verstanden.

**ewG** – Der **einschlusswirksame Gebirgsbereich** ist der Teil des Endlagersystems, der im Zusammenwirken mit den geotechnischen Verschlüssen (Schachtverschlüsse, Kammerabschlussbauwerke, Dammbauwerke, Versatz etc.) den Einschluss der atomaren Abfälle sicherstellen soll.

## Kriterien | Anforderungen

**Ausschlusskriterien** – Gebiete, die großräumigen Vertikalbewegungen und Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit unterliegen oder Regionen mit aktiven Störungszonen, seismischer oder vulkanischer Aktivität oder in denen junges Grundwasser vorkommt, werden ausgeschlossen

**Mindestanforderungen** – Damit Regionen als Standort für die Lagerung des hoch radioaktiven Abfalls in Frage kommen können, müssen folgende Mindestanforderungen gelten: Die Gebirgsdurchlässigkeit muss gering sein, dies soll gewährleisten, dass kein Wasser eindringt. Die Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 100 Meter betragen. Die minimale Tiefe des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 300 Meter unter der Erde liegen. Die Fläche muss ausreichend groß für ein Endlager sein. Und schließlich muss die Barrierewirkung erhalten sein

**Abwägungskriterien** – Die Abwägungskriterien beziehen sich zum einen auf geowissenschaftliche und zum anderen auf planungswissenschaftliche Kriterien. Anhand der geowissenschaftlichen Kriterien sollen die Standorte vergleichend beurteilt und festgestellt werden, ob eine geologisch günstige Gesamtsituation für ein Atommüll-Lager vorliegt. Bei den planungswissenschaftlichen Kriterien werden Faktoren wie Abstand zur Wohnbebauung, Emissionen, Überschwemmungsgebiete, Kulturgüter oder Bodenschätze einbezogen

## Gesetze

**Standortauswahlgesetz (StandAG)** – Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle. Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe: Dabei stehen > Gebiete > Regionen > Orte für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren.

**Teilgebiete** – für den ersten Schritt, für die Endlagerung ungeeignete und geeignete Gebiete zu identifizieren (§13 StandAG)

**Standortregionen** – für den zweiten Schritt, in den Teilgebieten einzelne kleinere Räume übertägig zu erkunden (§15)

**Standorte** – die untertägig erkundet werden sollen (§16)

## Behörden | Institutionen

**BASE** – Im **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (neuer Name seit 2020, vorher ►BfE)** werden alle behördlichen Aufgaben gebündelt, die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu tun haben.

**BGE** – Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung** ist Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde für die BGE ist das ►BASE.

**NBG** – Das **Nationale Begleitgremium** ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das die Endlagersuche vermittelnd begleiten soll.

▷ Sie organisieren seit so vielen Jahren jeden Sonntag das Gorlebener Gebet. Wurden Ihre Gebete also erhört?

Ja, einerseits. Denn es war uns ein großes Anliegen, dass das Endlager nicht weiter ausgebaut und mit Atommüll gefüllt wird. Weil es eben nicht geeignet ist, was ja viele wissenschaftliche Gutachten seit jeher zeigen. Das ist aber nur die eine Seite. Unser An-

liehen ist nämlich auch, dass die Nutzung der Atomenergie insgesamt beendet wird, wo auch immer. Dieses Anliegen bleibt, es ist noch nicht erfüllt.

▷ Am 4. Oktober gab es das erste Gorlebener Gebet nach der überraschenden Entscheidung, dass der Salzstock Gorleben aus dem Suchverfahren für ein Endlager ausgeschieden ist. Wie war denn da die Stimmung?

Das war großartig. Es gab für den Tag auch den Aufruf der Bürgerinitiative zu einer Demonstration direkt am Gorlebener Erkundungsbergwerk. Das war eine Jubelfeier mit mehr als 2000 Menschen. Etwas abseits davon hatten wir unsere Andacht – wie immer. Wir waren natürlich auch sehr glücklich, dass Gorleben als Endlagerstandort herausgefallen ist und damit unser Widerstand erfolgreich war und unsere Gebete sich erfüllt haben. Aber wir haben ja nicht zum Heiligen St. Florian gebetet – „Schütz’ mein Haus, zünd’ andere an“.

▷ Es geht also weiter?

Ja, es war uns schon am 4. Oktober klar, dass es weitergehen wird und weitergehen muss mit den Gorleben-Gebeten. Dass wir uns

weiterhin treffen werden. Denn unser Motto ist ja: Spiritualität und politische Verantwortung im Widerstand. Das gilt nicht nur für einen Standort, das ist auf die Bewahrung der Schöpfung insgesamt bezogen.

▷ Wie kam es überhaupt dazu, dass Sie zur Atomkraftgegnerin wurden?

Mein Mann und ich haben bis vor

17 Jahren in Hameln gelebt. Politisch aktiv waren wir schon in den 1960er-Jahren und organisierten große Demonstrationen gegen den Hunger in der Welt. Als in den 1970er-Jahren das Atomkraftwerk Grohnde bei Hameln gebaut wurde, haben wir den Widerstand in einem Anti-Atom-Dorf unterstützt. Aber wir haben dort nicht die Nächte mit verbracht.

▷ Wie haben Sie Ihre Art des Protestes gefunden?

Wir waren 1983 beim Kirchentag in Hannover, da kamen diese lila Tücher auf, auf denen stand: „Umkehr zum Leben – Die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen.“ Wir standen dann in Hameln mit unseren lila Tüchern und Plakaten, jeden Freitag für eine halbe Stunde in einem Schweigekreis vor einer Kirche. Das ging auch über Jahre. Von daher war es uns sehr vertraut, auch öffentlich Stellung zu beziehen und zu zeigen, hier ist eine Gefahr für uns, und wir wollen es nicht hinnehmen, dass die Politik uns so etwas vorsetzt.

▷ Und wie ging es los mit dem Gorlebener Gebet?

Nach der Standortentscheidung für Gorleben vor mehr als 40 Jah-

ren haben im Wendland zunächst einzelne Pastoren das hin und wieder in Gottesdiensten thematisiert. Dann gab es zwei Kreuzwege für die Schöpfung. Einen 1985 und einen zweiten 1988.

▷ Was passierte da?

1985 wurde ein großes Holzkreuz vom AKW Krümmel nach Gorleben getragen, begleitet von heftigen Auseinandersetzungen mit der offiziellen Kirche. Den beteiligten Pastoren wurde zum Teil Predigtverbot angedroht, wenn das Kreuz aufgestellt würde. Und dann kam 1988 der große Kreuzweg, der zweite Kreuzweg für die Schöpfung von Wackersdorf nach Gorleben. Da wurde ein Kreuz über 1000 Kilometer getragen von 6000 Menschen und im Wald bei Gorleben aufgestellt. Auf dem Platz, auf dem wir uns bis heute treffen. Damals wurde hier eine Andacht mit einer großen Menschenmenge gefeiert. Das Kreuz aus Wackersdorf steht da auch noch heute.

▷ Wie ging es dann weiter?

In den Monaten nach dem zweiten Kreuzweg gab es immer mal wieder einzelne Andachten. An Silvester zum Beispiel, oder auch an Feiertagen. Bis 1989 einige aktive Leute sagten, wir sollten hier eigentlich kontinuierlich zusammenkommen zu Andachten und zum Gebet. Zunächst dachten sie eher an Veranstaltungen alle 14 Tage oder einmal im Monat, aber sehr bald traf man sich zum Gebet jeden Sonntag. Und das ist nun seit 31 Jahren so, dass wir jeden Sonntag bei Wind und Wetter zusammenkommen. Es ist niemals ausgefallen, außer in den ersten Wochen nach Beginn der Coronakrise.

▷ Wie läuft denn so ein Gorlebener Gebet ab? Wird das vorbereitet?

Die Andachten werden von ganz unterschiedlichen Leuten vorbe-

# „Es muss weiter gehen!“

Koordinatorin spricht über das Gorlebener Gebet • von Reimar Paul



reitet. Das sind mal Einzelpersonen, mal Gruppen, mal Paare oder Freundeskreise. Es gab immer einen Koordinator oder eine Koordinatorin, die das organisierte. Ich mache das seit 2006, seitdem bin ich die Koordinatorin. Wir finden immer Menschen aus der evangelischen oder katholischen Kirche, die sagen, wir wollen da gerne zu euch sprechen. Aber auch viele andere.

▷ Das ist also nicht nur eine Veranstaltung für gläubige Christen?

Nein. Einmal sagte einer, er sei Atheist, ich würde auch gern kommen. Und wir haben ihn eingeladen: „Gerne, komm und erzähl uns von deinen Aktivitäten, wir wollen von deinem Widerstand lernen.“ Das war ein Mensch, der das Kreuz von Wackersdorf nach Gorleben über die ganzen 1000 Kilometer mitgetragen hat. Also, da ist alles möglich. Buddhisten aus Nepal haben schon die Andachten geleitet, Muslime auch.

▷ Sie haben gesagt, dass die Amtskirche anfangs scharfe Kritik an dem Gorlebener Gebet geübt hat. Wie ist das heute?

Das hat sich stark verändert. Als wir das 25-jährige Bestehen der Gorlebener Gebete gefeiert haben, hat der hannoversche Landesbischof Ralf Meister sich ganz offiziell entschuldigt für die vorherige kritische und abwertende Haltung der Landeskirche. Und er hat gesagt, er sei gerne gekommen, um zu uns zu sprechen und diese offizielle Entschuldigung persönlich vorzubringen.

▷ Kirchenleute waren ja auch gegen die Castortransporte nach Gorleben aktiv.

Ja, da waren die meisten Pastorinnen und Pastoren im Wendland sehr engagiert. Sie haben die Kirchen geöffnet für die Demonstranten, haben Andachten gehalten, sind als Seelsorger und Seelsorgerinnen bei den Demonstra-

tionen mitgegangen und haben in Konfliktsituationen vermittelt zwischen der Polizei und den Demonstrierenden. Der jetzige Propst aus Lüchow hat mir gerade nochmal gesagt, er hoffe doch sehr, dass unsere Gebete weitergehen. Ein anderer Teilnehmer aus der Kirche meinte, wir müssten doch weitermachen, das Gorlebener Gebet sei doch ein goldener Mosaikstein im kirchlichen Leben.

▷ Warum sind Sie 2003 denn ins Wendland gezogen?

Ja, wie kommen alte Leute überhaupt dazu, umzuziehen? Unsere Tochter, unser Schwiegersohn und drei Enkelkinder lebten hier im Wendland und waren – und sind – sehr aktiv im Widerstand. Sie schlugen uns vor: „Wenn ihr im Ruhestand seid, wollt ihr nicht hierher ziehen? Hier brauchen wir euch auch in einem ganz aktiven Widerstand. Außerdem gibt es hier etwas, das ist doch bestimmt das Richtige für euch, hier sind Leute, die sind politisch aktiv und fromm. Die verbinden Spiritualität und politische Verantwortung.“

▷ Das waren die Menschen vom Gorlebener Gebet?

Ja, wir haben uns das angeschaut und gedacht, hier ist genau das, wonach wir suchen. Diese Verbindung. Nicht nur politisch. Aber eben auch nicht nur fromm und im eigenen Saft schmoren. Hauptsache, wir sind selig. Und so kam es, dass wir ins Wendland gezogen sind.

▷ Das hört sich so an, als wäre das Gorlebener Gebet auch eine Art Familie für Sie.

Ich denke, es ist so eine Kerngemeinschaft von Menschen, die aufeinander achten, einander persönlich begleiten und auch sich gegenseitig sehr helfen und stärken in ihren Anliegen. Jemand von uns sagte mal, das Gorle-



▶ Christa Kuhl

bener Gebet bewahrt uns in den Auseinandersetzungen um die Atomkraft vor Gewaltanwendung und gibt uns die Kraft, auf friedlichen Widerstand zu vertrauen. Auf friedlichen Widerstand, aber auch auf die Hilfe Gottes.

▷ Wie sieht diese Gemeinschaft aus?

Wir sind überwiegend Menschen, die schon im Ruhestand sind, bis hin zu sehr alten Menschen. Mein Mann und ich nehmen zum Beispiel jeden Sonntag zwei über 90-jährige Frauen mit. Die sind dankbar, dass sie noch mit dabei sein können. Es gibt zwar noch einige, die im Berufsleben sind, aber Nachwuchs ist nicht wirklich da.

▷ Fühlen und begreifen Sie sich als Bestandteil des wendländischen Anti-Atom-Widerstandes?

Ja, unbedingt. Wir haben großen Rückhalt in der Bürgerinitiative. Die hat uns, zum Beispiel, zu unserem 25-jährigen Bestehen ein Spruchband geschenkt und angebracht mit dem Jesuswort: „Bleibet hier, wachet und betet.“ Also, die wissen, was unser Anliegen ist und stehen total an unserer Seite. Natürlich, haben die jungen Leute hier andere Schwerpunkte. Aber alle achten und wertschätzen das, was bei den Andachten unter den Kreuzen im Wald geschieht. Und alle helfen uns, wenn immer es nötig ist.





# Lösung für immer gesucht

**Gespräch mit Heinz Smital zum Zwischenbericht Endlagersuche für hochradioaktiven Atommüll**

**Interview** Der Zwischenbericht zur Suche eines Endlagers für Atommüll schlägt 90 Regionen zur weiteren Erforschung vor. Gorleben ist nicht darunter. Ortrun Sadik sprach mit dem Greenpeace-Atomexperten Heinz Smital.

Es geht um die schwerwiegende Frage, wo in Deutschland hochradioaktiver Atommüll für eine Million Jahre sicher gelagert werden kann. 2013 hatten Bundestag und Bundesrat die Suche nach einem Endlager per Gesetz neu gestartet. Sieben Jahre lang wurde geregelt, gesprochen und gesichtet. Am 28. September legte die – mittlerweile für die Suche zuständige – Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren geologischen *Zwischenbericht Teilgebiete* vor. Seitdem ist amtlich: Gorleben ist vom Tisch, weil ungeeignet. Jahrzehntelang war der Salzstock im Wendland alternativlos als zukünftiges Endlager gehandelt worden, obwohl Umweltschützer und Geologen immer wieder auf Sicherheitsmängel hinwiesen. Doch was steht noch in den 444 Seiten? Wohin kommt der Atommüll jetzt? Und wie ist das Ganze zu bewerten?

▷ Was steht denn nun in dem Zwischenbericht?

90 Regionen in Deutschland sind geologisch so beschaffen, dass es Sinn macht, ihre weitere Eignung

als mögliches Endlager zu prüfen. Gorleben gehört nicht dazu. Wörtlich sagt der Bericht: „Der Salzstock Gorleben ist nach Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gemäß § 24 StandAG kein Teilgebiet geworden. Damit greift die Regelung des § 36 Abs. 1 S. 5 Nr.1 StandAG wonach der Salzstock Gorleben aus dem Verfahren ausscheidet.“

▷ Kam das überraschend?

Geologisch betrachtet: nein. Politisch gesehen schon.

▷ Das musst du bitte genauer erklären.

Nach geologischen Kriterien war der Salzstock in Gorleben nie als Endlager geeignet. Er ist 1977 vom niedersächsischen Ministerpräsident Ernst Albrecht aus politischen Gründen ausgewählt worden, wie Greenpeace-Recherchen belegen. Denn der Salzstock weist Gasbildung und Zerklüftungen auf. Außerdem fehlt das für ein Endlager geforderte Deckgebirge auf einer Fläche von 7,5 Quadratkilometern. Ein Deckgebirge

soll das den Atommüll umschließende Wirtsgestein vor Umwelteinflüssen schützen und umgekehrt.

Trotzdem hat die Politik bis 2013 alternativlos an Gorleben als Endlager festgehalten bzw. festhalten wollen. Aus verschiedenen Gründen: Dort war bereits für 1,8 Milliarden Euro Infrastruktur geschaffen worden. Bei seiner Ernennung 1977 war der wesentliche Faktor, dass es an der innerdeutschen Grenze zur DDR, also im strukturschwachen Zonenrandgebiet lag. Aber der Hauptgrund war meiner Meinung nach ein psychologischer: hochradioaktiver Atommüll ist mit das Gefährlichste, was der Mensch je geschaffen hat. Keiner will den bei sich haben. Keiner mag auch nur darüber reden, wo der hinsoll. Das Thema ist so heiß, dass niemand es in die Luft werfen wollte – und deshalb sollte Gorleben lange Zeit die Lösung für dieses ewige Problem sein, ob es nun geeignet war oder nicht.

Und dass da tatsächlich ein Umdenken passiert ist, das kam für mich dann doch überraschend.

Fotos: PubliXviewing



▷ Nun ist zwar endlich Gorleben als Endlager vom Tisch – aber das eigentliche Problem ist ja nach wie vor ungelöst: Wohin soll er denn, der hochradioaktive Atom-  
müll? Was sagt der Bericht dazu?

Für Atommüll gibt es keine einfachen und guten Lösungen. Die Stoffe werden über Jahr-  
millionen strahlen und gefährlich bleiben. Eigentlich ist der Mensch per  
se einem solchen „Ewigkeitsproblem“ nicht gewachsen.

Deswegen ist es wichtig, den „bestmöglichen“ Platz dafür zu  
finden, und zwar hier in Deutschland, denn alles andere wäre ver-  
antwortungslos. Und da ist dieser *Zwischenbericht Teilgebiete  
der BGE* ein umfassender und fundierter Aufschlag.

Der Bericht ist dabei in drei Stufen vorgegangen: Zuerst wurden  
nach Ausschlusskriterien wie Vulkanismus, Bergbautätigkeit oder  
seismischen Aktivitäten ganze Gebiete komplett aus der Endlager-  
suche ausgeschlossen. In einem zweiten Schritt wurde ge-  
schaut, welche der verbleibenden Gebiete die Mindestanforderungen  
nach § 23 StandAG erfüllen. Denn prinzipiell kommen für ein  
atomares Endlager als Wirtsgesteine nur Steinsalz, Tongestein  
und kristallines Gestein infrage, und das Vorkommen muss groß  
und mächtig genug sein, um den Atommüll sicher zu umschließen.  
Im dritten Schritt wurden diese Vorkommen dann anhand von  
elf geowissenschaftlichen Abwägungskriterien nach §24 Stand AG  
bewertet. Dabei wurde unter anderem untersucht, ob es im ein-  
schlusswirksamen Gebirgs-  
gestein einen Transport radioaktiver Stoffe durch Grundwasserbe-  
wegungen geben kann, wie lang-  
fristig die Stabilität des Gebirgs-  
stocks ist, ob dort etwa Gasbil-  
dung auftritt, wie temperatur-  
verträglich der Gebirgsstock ist –  
und es wurde der Schutz des ein-  
schlusswirksamen Gebirgsberei-  
ches durch ein Deckgebirge be-  
rücksichtigt. An diesen geologi-  
schen Abwägungskriterien ist der

Salzstock Gorleben gescheitert. Übrig geblieben sind 90 Regio-  
nen in allen Bundesländern außer dem Saarland, die nun weiter auf  
ihre etwaige Eignung als mögli-  
ches Endlager für hochradioakti-  
ven Atommüll untersucht werden.

▷ Darüber sind ja nicht alle glück-  
lich: Aus Bayern zum Beispiel gibt  
es lautstarken Protest. Minister-  
präsident Markus Söder hat post-  
wendend verkündet, Bayern sei  
sicher nicht geeignet. Wie bewert-  
est du das?

Ich finde das unverantwortlich, und zwar in doppelter Hinsicht:  
Zum einen hat Bayern eine histori-  
sche Verantwortung für den hoch-  
radioaktiven Atommüll, denn dies-  
es Bundesland hat vom Beginn  
an 1955 bis zum Schluss beson-  
ders stark auf Atomkraft gesetzt.  
So sehr ich verstehen kann, dass  
Söder Atommüll für gefährlich  
hält – aber als Ministerpräsident  
darf er so nicht handeln. Hier darf  
Bayern nicht kneifen.

Und zum zweiten vergiftet Söders  
Aussage den Suchprozess, das  
finde ich ebenfalls fahrlässig.  
Endlich wird nach geologischen  
Maßstäben nach dem bestmög-  
lichen Platz für den Atommüll  
gesucht und nicht nach politi-  
schen Gesichtspunkten, und da  
kommt Söder um die Ecke und  
macht Wahlkampf mit dem The-  
ma. So torpediert er die Glaub-  
würdigkeit, die sich dieses hoch-  
aufwändige Verfahren mühsam  
in der Bevölkerung zurückzuerob-  
ern versucht.

Und er torpediert die Akzeptanz  
für ein zukünftiges Endlager:  
Für die ist es fundamental wich-  
tig, dass sich bei der Endlager-  
suche Industrie- und Politikinter-  
essen heraushalten und die Wis-  
senschaft und die Geologie das  
Sagen hat. Denn nur wenn es ge-  
lingt, die Bürger von der Unvor-  
eingenommenheit der Suche zu  
überzeugen, wenn sie mitgehen  
können bei dem Weg, den für  
alle sicherst möglichen Platz für  
dieses unsichere Gefahrgut zu  
finden, werden sie am Ende viel-



Während der Jubel-Demo am 4. Oktober hält Heinz Smital die Extraausgabe der Gorleben Rundschau hoch. Ihr Titel: Gorleben ist raus!

leicht ein Endlager vor ihrer Haus-  
tür hinnehmen können.

▷ Ist es denn egal, ob das Endlager  
unter einer Großstadt wie Berlin,  
unter einem Naturschutzgebiet  
oder zum Beispiel unter dem  
Hermesdenkmal liegt – Hauptsache,  
die Geologie stimmt?

In Phase I der Untersuchungen –  
ja. In Phase II spielen dann aber  
auch solche Faktoren eine Rolle.  
Wenn es geologisch gesehen zwei  
gleichsichere Gebiete gibt, wird  
schließlich niemand ein atomares  
Endlager unter einem Ballungs-  
zentrum bevorzugen.

▷ Wie geht denn der Prozess  
nun weiter?

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse  
werden diskutiert. Auf einer Fach-  
tagung im Oktober und auf Regi-  
onalkonferenzen in Süd-, Mittel-  
und Norddeutschland im Febru-  
ar, April und Juni. Hier ist auch  
eine Art Bürgerbeteiligung im Pro-  
zess vorgesehen: Alle sind aufge-  
rufen, ihre Einwände zu machen.  
Allerdings ist dafür recht wenig  
Zeit vorgesehen, auch müsste das  
Umweltministerium den betref-  
fenen Gemeinden und Anwoh-  
nern Finanzmittel und Expertise  
zur Verfügung stellen, damit kri-  
tische Fragen auch auf den Tisch  
kommen können. Am Ende soll  
eine deutlich kürzere Liste an Stand-  
orten für die übertägige Erkun-  
dung vorgeschlagen werden.  
Später soll die Liste auf die Stand-  
orte eingekürzt werden, die unter-  
tägig erforscht werden. Und man  
hofft, bis 2031 einen Standort für  
ein atomares Endlager gefunden  
zu haben. Was noch ein schwieri-  
ger Weg werden wird, wenn man  
sich die Erfahrungen aus anderen  
Ländern so anguckt.

▷ Gruselige Vorstellung, den  
Atommüll so unter der Erde zu  
verbuddeln...

Ja. Aber die Alternative, ihn ober-  
irdisch liegen zu lassen, gefällt  
mir noch weniger.



**Gorleben ist raus – Kirche bleibt drin. Probst Stephan Wichert-von Holten**  
Immer öfter hört man: „Ich beginne wieder etwas Vertrauen zurückzugewinnen.“ Vertrauen ist wie die Herbstsonne, die sich durch den Nebel des Misstrauens aus 43 Jahren Endlagerkonflikt hervortastet. Was für eine Freude, wenn das Vertrauen eine Chance im Endlager-suchprozess bekäme. Die Enttäuschungen waren zu groß, die Täuschungen zu perfide und das politische Wollen zu gelenkt. Gorleben ist raus – wer wird drin sein? Ich freue mich, dass die neuen noch zu benennenden Standorte einen besseren Start haben, als wir je hatten: zum ersten Mal ist mit Gorleben ein Suchort aus reinen Sachgründen und nicht aus politischen Kalkül herausgefallen. Das

ist ein Erfolg, an den hier keiner mehr glaubte. Ist das schon die „Sonne der Gerechtigkeit, die aufgeht zu unserer Zeit“? Dies Kirchenlied will mir nicht mehr aus dem Kopf. Gorleben ist raus – zu meiner Zeit hatte ich das nicht zu hoffen gewagt. Gorleben ist raus – Kirche aber bleibt drin! Viele mögliche Standorte befinden sich dort, wo auch Christinnen und Christen leben. Die Solidarität bleibt weiterhin unsere Aufgabe. Andere Menschen als wir müssen sich bald der Verantwortung stellen, mit allen Irrtümern, Verletzungen, und allem Reifen an demokratischer Vernunft. Wenn wir als Kirche unser Wachsen im Konflikt ernstnehmen, können wir uns nicht einfach zurücklehnen. Es wäre eine Freude, wenn wir anderen dabei helfen könnten, ihre Haltungen und Erlebnisse vor ihrem Glauben theologisch zu finden, wenn es um den bestmöglichen Standort für hochradioaktiven Atommüll gehen wird. Das St. Floriansprinzip darf es unter Christenmenschen nicht geben. Ohne Vertrauen geht das nicht. Auch wir brauchen Vertrauen jetzt: Nach der Sorge kommt die Nachsorge. Die liebe Seele hat nicht einfach ihre Ruh, weil Gorleben aus dem Blick verschwindet. Welche Identität geben wir unserem Le-

ben im Landkreis, wenn die gleichsam wirkende Streit- und Integrationskraft Lücken hinterlässt? Ohne Vertrauen kein Glaube. Kraft und Besonnenheit brauchen wir, um aufeinander zuzugehen, das Trennende zu überwinden. Nicht allein damit Kreistage wieder gelingen, sondern um uns das im jahrzehntelangen Konflikt Gelernte zu bewahren: Mit Kreativität, Menschlichkeit und Gerechtigkeit über unseren eigenen Tellerrand zuschauen, um Demokratie zu leben. Das Zwischenlager bleibt, das letzte Gorlebener Gebet noch nicht gesprochen. Freude kann mutig machen für das, was kommt. „Sonne der Gerechtigkeit, gehe auf zu unserer Zeit. Fang in deiner Kirche an, dass die Welt es sehen kann. Erbarm dich Herr.“ (Ev. Gesangbuch 262)



Fotos: PubliXviewing, Tiberiu Ana



**Entschuldigung ist überfällig!** Michael Müller, der Co-Vorsitzender der Atom-müll-Kommission von Bundestag und Bundesrat war und Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands ist, und Jörg Sommer, der für die Deutsche Umweltstiftung die Umweltverbände in der Kommission vertrat, äußern sich zum Bericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

Die unrühmliche Geschichte der Atomenergie, die in Deutschland Mitte der 1950er Jahre unter dem Atomminister Franz-Josef Strauß begann, ist ein unverantwortliches Beispiel für die Externalisierung von schwerwiegenden Folgen auf künftige Generationen. Jetzt kommt sie in ihre letzte Etappe: die Festlegung eines nationalen Standorts für den Atommüll.

Gesucht wird in drei Phasen der beste Ort, um hochradioaktiven Abfall über eine Million Jahre möglichst sicher zu lagern. Von Stufe zu Stufe werden die Standorte immer mehr eingegrenzt. Ausgangspunkt war die sogenannte „weiße Landkarte“. Wir haben diese Rahmensetzung für den Standort Gorleben immer als falsch angesehen, denn Gorleben war eine fragwürdige politische Entscheidung und im Gegensatz zu anderen Gebieten als Standort immer umstritten und – wie heute zugegeben wird, wenn auch nicht laut – ungeeignet.

Und das obwohl es Abschwächungen gegeben hat. War ursprünglich das Deckgebirge ein unbedingtes Kriterium, wurde es auf ein Abwägungskriterium herabgestuft. Aber auch das hat zusammen mit anderen Schwachstel-

len gereicht, Gorleben jetzt rauszunehmen. Die Politik hat schwere Fehler gemacht, eine Entschuldigung ist überfällig. Wo bleibt sie?

Der heutige Bericht ist auch ein Eingeständnis, dass in der Vergangenheit politisch getrickst und willkürlich gehandelt wurde. Wissenschaftlich begründet war Gorleben nie. Der Standort hat die Republik gespalten und zu einer – wie sich heute zeigt – völlig unsinnigen, aber die Demokratie schädigenden Auseinandersetzung auf den Rücken der Bevölkerung und der Polizei geführt. Das hätte schon lange beendet werden müssen. Unserem Land wäre ein dunkles Kapitel erspart geblieben.

Wir werden darauf achten, dass die Kriterien, die in dem Bericht der Endlagerkommission erarbeitet und vom Bundestag im Standortauswahlgesetz übernommen wurden, auch wirklich eingelöst werden.

Und es kommen neue Fragen hinzu: Was bewirkt die Geologie der Menschheit, die auch zur Klimakrise führt, mit den geologischen Formationen in unserem Land? Das Erdsystem verändert sich radikal. Auch das gehört zur Bewertung des Standorts. Die Auseinandersetzung ist noch lange nicht beendet.

# liebe widerständige menschen im wendland

**Einen riesigen Glückwunsch zum Tag des Ausscheidens von Gorleben sendet Ulf Allhof-Cramer für die Widerständigen in Weserbergland und Lipperland.**

liebe widerständige Menschen im Wendland, in der BI, bei der Bäuerlichen Notgemeinschaft, in den Kirchen und darüber hinaus! Ein großer Dank an euch! Ihr habt durch euren jahrzehntelangen beharrlichen und friedlichen Widerstand gegen den Irrweg und das Unrecht der Atomenergie unserem ganzen Land einen unschätzbaren Dienst getan. Ihr habt, auch in den Jahren als die Unterstützung bescheiden war, euch nicht beirren lassen und bei jedem Castor gekämpft als wenn es der erste wäre. Ihr wurdet kriminalisiert, blutig geschlagen, eingesperrt, eure Treckerreifen zerstückt die Polizei, sie brach immer wieder das Recht. Eure Kreativität und euer Widerstandsgeist, euer Zusammenhalt waren grenzenlos, und die Pyramiden der Bauern immer intelligenter und unzerstörbarer. Ihr seid mit hunderten Treckern nach Berlin gefahren, mit einer klaren Botschaft, seid mehrmals mit

vielen Treckern zu uns zum AKW Grohnde gekommen, habt uns gezeigt, wie man effizient Widerstand leistet, wie man das Menschenrecht auf eine unverstrahlte Zukunft vertritt. Nach Merkels Laufzeitverlängerung und Fukushima ist eure Saat überall im Lande aufgegangen, die Zivilgesellschaft hat massenhaft Position bezogen und die große Unterstützung für das Wendland gegen die Castoren kam auch noch nach „Merkels Atomausstieg“.

Es war eine Freude, dabei sein zu dürfen, mit euch die Nächte auf den Schienen und Straßen zu verbringen, bestens versorgt mit gutem Essen. Wärmende Feuer und Musik haben uns geprägt und bei unseren Kindern Bewusstsein geschaffen und ihnen gezeigt, dass Widerstand auch gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner funktionieren und viel bewegen kann – auch wenn die Castoren am Ende immer, mit großer Verzögerung, immensen Kosten und gewaltiger Medienpräsenz, ihr Ziel erreicht haben.

Die Energiewende, das Abschalten des letzten Meilers in zwei Jahren, das wäre ohne die Unbeugsamkeit der Menschen im Wendland niemals so gekommen.

Bei euch war der Kristallisationspunkt im Kampf um eine sichere, zukunftsfähige, ehrliche und günstige Stromversorgung, im Wendland hat die Atomkraft letztlich ihr Ende gefunden.

„Niemals aufgeben“ war das Motto, und genau das habt ihr nicht getan. Das Ende des Salzstocks in Gorleben und die Perspektive, dass der ganze Schiet wieder abtransportiert werden wird, ist ein Grund, die Korkenknallen zu lassen. Und nun über 40 Jahre nach dem ersten Gorlebenreck brennt unsere Erde auf allen Erdteilen, schmelzen Grönland, Pole und der Permafrost, haben Bäuerinnen und Bauern weltweit Missernten und sterben bei uns die Nadelwälder, während die Laubwälder schwer krank sind. Dürre im dritten Jahr in Folge, ganze Regionen verdorren, Trockenheit wie seit 250 Jahren nicht, der Klimawandel zerstört bäuerliche Existenzen und bedroht unsere Lebensgrundlagen.

Die Zeit, das Klima zu stabilisieren schwindet, Kipppunkte werden erreicht, uns bleiben bestenfalls noch ein Handvoll Jahre für ein Wunder, für die Sicherung des Menschenrechts auf ein Leben in einer einigermaßen intakten Natur.

Wenn Bäuerinnen und Bauern, wenn viele Zehntausende in Deutschland im nächsten entscheidenden Wahljahr 2021, wie ihr es zum Schutz eurer Heimat getan habt, für das Klima aufstehen und der Gesellschaft und vor allem der so unfassbar verantwortungslos agierenden Politik die Leviten lesen, dann kann auch geschehen, dass Deutschland den Pariser Vertrag einhält und die Welt sich ein Beispiel nimmt. Noch haben wir es, für eine kurze Zeit, in der Hand.

Die Jugend, die seit zwei Jahren, motiviert von Greta Thunberg, für ihre Lebensgrundlagen auf die Straße geht, braucht unsere grenzenlose Unterstützung.

Schon bald jedoch können wir die Erdüberhitzung nicht mehr beeinflussen, dann müssen unsere Nachfahren auf einer zerstörten Erde leben, ohne den Hauch einer Chance auf Heilung, ein unfassbares Verbrechen an den Nachfahren. Lasst uns nun aufstehen und Widerstand leisten gegen eine Politik, die keine Verantwortung für unseren wunderbaren Planeten und seine Bewohner übernimmt. Mit dem Widerstandsgeist der Wenden als leuchtendem Beispiel werden wir es hoffentlich schaffen.

vielen dank, ewer ulf



# Beteiligung ohne Bürger

Die Auftaktveranstaltung der *Fachkonferenz Teilgebiete* konnte nicht überzeugen

**Bürgerbeteiligung** Am 17. und 18. Oktober hat das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung die digitale Auftaktveranstaltung zur *Fachkonferenz Teilgebiete* durchgeführt. Diese Veranstaltung hat, wenn auch Bemühungen zur Information und Beteiligung spürbar waren, vor allem Probleme und Grenzen deutlich gemacht.

Die Auftaktveranstaltung lässt nicht allzuviel Gutes für die drei Termine der *Fachkonferenz Teilgebiete* im nächsten halben Jahr erwarten! Sie wurde dem Anspruch von Bürger/-innen-Beteiligung und Selbstorganisation nicht gerecht. Das veranstaltende Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte diese Erwartung im Vorfeld geschürt, konnte sie aber nicht einlösen. Aufgrund der Corona-Pandemie fand die Veranstaltung als reines Online-Format statt, ohne dass technische Möglichkeiten für einen tatsächlichen Dialog bereitgestellt wurden.

Unterschiedliche gesellschaftliche Akteure hatten im Vorfeld dafür geworben, die Veranstaltung auf einen Zeitpunkt zu verschieben, zu dem ein Präsenz-Format wieder möglich ist. Doch das Bundesamt zog seinen Plan durch. Aus Sicht des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) bedarf es grundlegender Verbesserungen um Beteiligung und eine wissenschaftliche Debatte zu ermöglichen. Tatsächlich erfordert die fachliche Komplexität des *Zwischenberichts Teilgebiete* für einen Großteil der angesprochenen Beteiligten ein hohes Maß an Vertrauen in die dargelegten Erkenntnisse. Eine eigenständige Überprüfung können die wenigsten Teilnehmenden leisten. Dieses Vertrauen ist jedoch nicht zwangsläufig gekoppelt an das Vertrauen in einzelne Wissenschaftler/-innen.

Es basiert vielmehr auf Vertrauen in Wissenschaft und Wissenschaftlichkeit als solche. Dies umfasst neben einer kritischen Diskussion der zugrundeliegenden Annahmen und Methoden auch das Hinterfragen der Ergebnisse. Nur durch ein solches Peer-Review-Verfahren lassen sich Aussagen validieren. Erst das Hinzuziehen unterschiedlicher Perspektiven und weiterer wissenschaftlicher Studien durch unabhängige Dritte führt zu belastbaren Erkenntnissen. Bei der Auftaktveranstaltung der *Fachkonferenz Teilgebiete* haben dagegen lediglich die Mitarbeiter/-innen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihre Erkenntnisse dargelegt. Eine kritische Einordnung oder Gegenrede gab es nicht. Auch wurden kritische Kommentare und Fragen nicht oder falsch durch die Moderator/-innen wiedergegeben, beim Ausweichen der Referent/-innen wurde nicht nachgehakt. Jochen Stay, Sprecher von .ausgestrahlt: „Leider wurden detaillierte Fragen, die schriftlich eingereicht werden mussten, von der Moderation sinnteststellend zusammengefasst, so dass sie nicht adäquat beantwortet werden konnten.“ Darüber hinaus fehlte es an Zeit, um eine Vielzahl von Fragen zu diskutieren. Durch die festgelegte Tagesordnung wurde die Diskussion der geologischen Abwägungskriterien in die Abendstunden verlegt, wo doch gerade dieser Themenkomplex große Inter-

pretationsspielräume birgt und zahlreiche Fragen aufwirft. Zwar bietet digitale Beteiligung zahlreiche Vorteile, wie etwa die Einbeziehung vieler unterschiedlicher Akteur/-innen unabhängig von ihrem Aufenthaltsort und zeitlichen Restriktionen. Die Online-Beteiligung kann jedoch nicht alle Möglichkeiten des direkten Austausches in einem Präsenzformat ersetzen. Dennoch bieten moderne Tools die Option, nicht nur via Textnachrichten, sondern auch mittels Audio- und Videokonferenzen in den Austausch – auch in Kleingruppen und zwischen den Teilnehmenden – zu kommen. Damit jedoch diese Beteiligung gelingen kann, muss sie Standards wie Transparenz und Fairness entsprechen. Die Qualitätsmerkmale guter Beteiligung sind bereits langjährig erforscht und in der Praxis erprobt. Die Gestaltung der Auftaktveranstaltung war jedoch mangelhaft und entsprach in keiner Weise guter Beteiligung. Während der insgesamt rund 16 Stunden Video-Auftaktveranstaltung sind Beteiligte nur in rund 15 Minuten direkt zu Wort gekommen.

## ► Fehlende Transparenz behindert echte Beteiligung

Zentrale Voraussetzung für wirkungsvolle Beteiligung ist die Transparenz über den Beratungsgegenstand. Bei der Auftaktveranstaltung der *Fachkonferenz Teilgebiete* waren jedoch nur Teile des *Zwischenberichts Teilgebiete* öf-

fentlich. Deutlich wurde, dass die Bundesgesellschaft für viele Teilgebiete über eine extrem schlechte Datenbasis verfügt, ohne dass sie dies auf der am 28. September veröffentlichten Landkarte deutlich gemacht hat. So waren 97 Prozent der Daten, die für die Ausschlusskriterien herangezogen wurden, geschwärzt. Durch das Online-Format, bei dem die Kommunikation vom Veranstalter kontrolliert wurde, blieben Falschaussagen der BGE, etwa zur angeblichen Transparenz der Daten, unwidersprochen stehen. Noch immer sind große Teile der für den Bericht verwendeten Grundlagendaten nicht einsehbar. Jochen Stay: „Zusammenfassend lässt sich sagen: Viele Daten fehlen und die vorhandenen Daten sind zu einem erheblichen Anteil geheim.“

Es braucht jedoch nicht nur eine vollständige Transparenz, sondern vor allem eine für alle Beteiligten verständliche, unabhängige Aufbereitung des *Zwischenberichts Teilgebiete*. Erst dann kann eine Erörterung des Berichtes erfolgen. „Unter Corona-Bedingungen wäre es sinnvoller gewesen“, so Stay, „lediglich ein Webinar durchzuführen, in der die BGE ihren Bericht hätte vorstellen, dieser aber auch von kritischen Fachleuten hätte hinterfragt werden können. Letzteres ist nicht geschehen.“

Auch über den Ablauf und die Gestaltung des Beteiligungsformates wurde im Vorfeld nicht transparent kommuniziert. Das BASE hat dabei weder über die genaue Zusammensetzung der Auftaktveranstaltung, über die Rollen der auftretenden Personen noch über die Möglichkeiten der Mitgestaltung informiert. Besonders negativ aufgefallen ist dabei die Vorstellung des Notariats als eine unabhängige Stelle. Dies trifft nicht zu, da die „Notarin“ abhängig beschäftigt ist, nämlich als Abteilungsleiterin beim BASE. Auch eine spontan angesetzte Abstimmung zu einer Arbeitsgruppe stieß bei vielen auf Empörung. Trotz vorheriger Aussage des BASE, dass bei der Auftaktveranstaltung keine Entscheidungen fallen würden, wurde diese Wahl unangekündigt abgehalten. Bei der Abstimmung waren weder der Modus (wie Stimmberechtigte, Dauer der Abstimmung, Annahme der Wahl) noch das genaue Mandat bekannt. Weil im Vorfeld

vom Bundesamt erklärt worden war, dass bei dieser Auftaktveranstaltung keine Entscheidungen fallen, hatten sich viele Interessierte nicht für das Konferenz-Tool angemeldet, sondern folgten dem Livestream auf YouTube, konnten so aber nicht an der Wahl und an weiteren plötzlich eingeblendeten Abstimmungen teilnehmen. Auch verordnete die Veranstaltungsleitung dem zu wählenden Gremium und dem Wahlvorgang Spielregeln, die nicht in der veröffentlichten vorläufigen Geschäftsordnung zu finden waren und die auf großes Unverständnis stießen. Schließlich wurden auch weitere Punkte wie die Geschäftsordnung, die Ergebniswirksamkeit der Beratung oder die bereits begonnene Arbeit der BGE an Schritt 2 der Phase 1 nicht transparent gemacht oder debattiert.

#### ► **Fehlende Diskussionsräume und fehlender Austausch verhindern Selbstorganisation**

Bei der Veranstaltung herrschte eine kommunikative Einbahnstraße und der Moderator sprach fast ausschließlich mit BGE und BASE. Alle angesprochenen Teilnehmendengruppen konnten nur in kurzen, rund einminütigen Videosequenzen zur Sprache kommen oder über einen Chat. Dabei wurden die Themen vorgegeben, geschlossene Fragen gestellt und Konflikte wegmoderiert. Das nur mittelbare Fragesystem verhinderte konkretes Nachhaken, wenn Fragen nicht adäquat beantwortet wurden. Auch ein Austausch zwischen den Teilnehmenden durch Chatfunktion oder separate Videoräume wurde nicht gewährleistet. Dabei wären für eine Selbstorganisation der Fachkonferenz genau diese Gespräche, Räume und ausreichend Zeit notwendig. Online-Beteiligung kann persönliche Gespräche nicht vollumfänglich ersetzen. Daher ist eine zumindest hybride Veranstaltung notwendig, wie auch vom Nationalen Begleitgremium (NBG) gefordert. Insgesamt zeigte die Auftaktveranstaltung, dass Beteiligung durch das BASE vor allem durch den Wunsch nach Kontrolle (etwa durch ein Notariat) und die Angst vor *echter* Beteiligung getrieben ist. Damit wird jeglicher Raum für kreative und kommunikative Prozesse bereits von Beginn an unterbunden. Schließlich wurde das Beteiligungsfor-



► Bei der Auftaktveranstaltung der Fachkonferenz Teilgebiete blieb Bürger/-innen nur die Möglichkeit der digitalen Teilnahme

mat häufig als „Experiment“ bezeichnet und damit jegliche Verantwortung für eine ernstgemeinte Beteiligung von sich gewiesen. Dabei sind digitale Beteiligungsformate keine Neuheit, sondern bereits über Jahre erprobt und erforscht.

#### ► **Fazit**

Tatsächlich hat die BGE am ersten Tag der Veranstaltung etliche Vorträge zu ihrem Bericht gehalten, die ohne Frage für viele Zuschauer/-innen, sofern sie fachlich folgen konnten, informativ waren. Dennoch wurde hier zu viel komplexer Stoff in einen Tag gepresst. Das entscheidende Thema, die Anwendung der geologischen Abwägungskriterien, kam so erst am Ende eines langen Konferenztages zur Sprache. Die BGE wollte ursprünglich zwei Tage lang informieren. Dies wurde vom veranstaltenden Bundesamt verhindert.

Am zweiten Tag sollte es um die Selbstorganisation und Arbeitsweise der Konferenz gehen, die bis Juni 2021 noch dreimal stattfinden soll. Obwohl die Bereitschaft der Teilnehmenden groß war, über gute Wege der Zusammenarbeit zu sprechen, ist dies nicht gelungen und scheiterte an schlecht funktionierender Technik, fehlenden Dialog-Formaten und einer streckenweise überforderten Moderation

„Offenbar fehlt in den Behörden die Sensibilität dafür, welche Rahmenbedingungen nötig sind, damit eine gesellschaftliche Verständigung über das Atomüll-Problem gelingt. Stattdessen wurden neue Gräben aufgerissen“, vermutet Jochen Stay. „So kann kein Vertrauen in die handelnden Akteure entstehen.“

# Castortransport hat „falsches Ziel“

Hochradioaktiver Atommüll über eine Woche durch Europa unterwegs



**Atommüll** Ungeachtet der erheblichen Sicherheitsmängel in Biblis ist erneut ein Castortransport mit sechs Behältern hochradioaktiver Abfälle aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield in das hessische Zwischenlager gebracht worden. „Damit rückt das Ende derartiger Transporte näher“, heißt es beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Die Anti-Atom-Bewegung hält den nun erfolgten und die künftig noch geplanten Transporte dagegen für unverantwortlich und verfrüht. Mit den Transporten sollen bis 2024 die letzten im Ausland lagernden Behälter mit deutschem Atommüll aus Sellafield in Großbritannien und La Hague in Frankreich in die Zwischenlager Biblis, Philippsburg, Isar/Ohu und Brokdorf transportiert werden.

Das nach dem bis zu diesem Herbst letzten Castortransport nach Gorleben 2011 gegründete Bündnis „Castor stoppen“ kritisierte scharf, dass schon bei der Ausfahrt des Zuges aus dem Bahnhof am Nordenhamer Hafen keinerlei Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergriffen worden seien. Augenzeugen berichteten, dass Minderjährige auf Fahrrädern in nur 15 Metern Entfernung vom Castortransport spielen durften.

Auch seien zahlreiche Menschen in Bahnhöfen von der Strahlung aus den Atommüll-Behältern betroffen gewesen. Der Hauptbahnhof in Bremen sei vor der Durchfahrt am Abend nicht geräumt worden. Die von Bundesinnenminister Seehofer geordneten 11 000 Polizeikräfte seien alleinig zum „Schutz des Transports“ eingesetzt worden. Schon die vorangegangene Geisterfahrt des Atomfrachters „Pacific Grebe“ ohne das Kollisionswarnsystem AIS habe gezeigt, dass die Sicherheit Unbeteiligter keinen hohen Stellenwert

bei Atomtransporten einnimmt. Gegen den Transport und die Atompolitik der Bundesregierung haben bundesweit an vielen verschiedenen Orten Atomkraftgegner/-innen demonstriert. Es wurde von Versammlungen in Nordenham, Hude, Oldenburg, Münster, Köln, Bremen, Stadthagen, Hannover, Göttingen und am Ziel in Biblis berichtet. An vielen Bahnhöfen trafen sich spontan Menschen und begleiteten die Durchfahrt mit Protest. „Im atomaren Ausstiegsspektrum ist unser Widerstand der Joker!“, sagte Kerstin Rudek aus dem Wendland, Sprecherin des Bündnis' „Castor stoppen“. Die Teilnahme an den Aktionen blieb aufgrund der Pandemielage im Rahmen der erwarteten Zahlen, das Bündnis hatte schon im Vorfeld zu angemessenen und trotzdem wirkungsvollen Aktionsformen aufgerufen. „Damit haben wir weit mehr Verantwortung und Solidarität gezeigt, als die politisch offiziell Verantwortlichen“, so die Veranstalter/-innen. Der Transport war im März ange-

sichts der damaligen Corona-Situation verschoben worden. Der jetzige Umgang mit dem Atommüll erscheint der Anti-Atom-Bewegung im Lichte der verschärften Corona-Krise allerdings noch verantwortungsloser. „Es wird hier leichtfertig die Gesundheit von Sicherheitskräften sowie Demonstrierenden aufs Spiel gesetzt“, kritisiert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Dabei ist die Gefährdungslage auf der Castorstrecke das eine, das andere sind die schweren Sicherheitsmängel im Zwischenlager Biblis, auf die der BUND seit Jahren immer wieder hinweist. Ohne Frage muss deutscher Atommüll nach Deutschland zurück. Doch muss die Sicherheit von Mensch und Natur oberste Priorität haben.“

Selbst die Polizeigewerkschaften in Deutschland als auch der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) hatten erfolglos eine Verschiebung des Transports gefordert. Stattdessen wurden die Polizist/-innen Anfang November einem doppelten Risiko

# erreicht



ausgesetzt: durch die besonders gefährlichen Neutronenstrahlen aus den Castor-Behältern und das Infektionsrisiko. Das dauerhafte Risiko unbeherrschbarer Störfälle bleibe während der Lagerung der Behälter in Biblis ohnehin auf Jahrzehnte bestehen, so der BUND.

Dessen Atomexperte Werner Neumann sagte: „Die Richter des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs konnten nach eigener Aussage aufgrund unvollständig eingereichter Unterlagen nicht beurteilen, ob die nach Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden gewährleistet sei. Dennoch wurde wegen eines angeblich drohenden ‚Millionenschadens‘ ein erneutes Verschieben des Castor-Transports abgelehnt – trotz der gesetzlich gebotenen Vorsorge gegen Atomgefahren.“ Der Umweltverband hatte zuvor eine umfangreiche Mängelliste der Zwischenlagerung vorgelegt und Klage gegen die Einlagerung eingereicht. Unter anderem wies der Transport des nur durch einen Deckel gesicherten Atommülls in Glaskokillen hohe Risiken bei einem Unfall der Castorbehälter auf. Zudem gibt es für die nun eingelagerten Castoren kein belastbares Reparaturkonzept: Wenn Undichtigkeiten des Primärdeckels auftreten, kann der Behälter nicht zeitnah

repariert werden, da eine so genannte „Heiße Zelle“, ein Raum, in dem die Behälter mit ihrem hochradioaktiven Inhalt möglichst sicher bearbeitet werden können, in Biblis fehlt. Dabei gibt es Berichte, dass es schon bei der Beladung der Castoren in Sellafeld zu Abweichungen von Vorschriften kam. Ein Primärdeckel, der neben dem darüber liegenden Sekundärdeckel die Abfälle sichert, konnte nicht korrekt aufgesetzt werden. Entgegen den Vorschriften oder Spezifikationen waren zudem innere Tragkörbe der Glaskokillen verdreht.

Schließlich kritisieren Anti-Atom-Aktivist/-innen auch den Zeitplan für die Atommüll-Fuhren: Die Rücktransporte fänden statt, bevor geklärt sei, wo in Deutschland der Müll auf Dauer gelagert werden kann. Dadurch entstünden mehr Transporte, als unbedingt notwendig wären.

„Die Atommüll-Frage ist längst nicht geklärt! Sicher ist dagegen: Zwischenlager, wie das am AKW Biblis, sind nicht für eine längere Lagerung ausgelegt. Den Müll mit einem hoch gefährlichen Transport in ein unsicheres Zwischenlager zu bringen, um ihn in einigen Jahren mit einem erneuten Transport woanders hin zu verfrachten, ist verantwortungslos!“, sagte die ROBIN WOOD-Aktivistin Cécile Lecomte.

## Soli-Botschaft aus dem Wendland

Liebe Leute in Nordenham,

2011 haben wir den letzten Castortransport ins Wendland erlebt und uns quer gestellt.

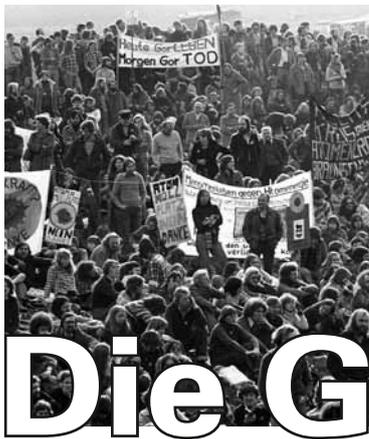
Nun geht der Atommülltourismus wieder los! Statt den Müll dort zu belassen, wo er gerade angefallen ist, wird die heiße Fracht per Schiff, per Bahn nach Biblis transportiert, wo er wieder nur herumsteht, bis eines Tages ein Endlager für den hochradioaktiven Müll ausgeguckt und in Betrieb genommen werden wird...

Das wirft viele Fragen auf! Die nach der Sicherheit der Zwischenlager, die nur für 40 Jahre genehmigt wurden. Die nach der Endlagersuche, die halbherzig betrieben wird. Die Bürgerbeteiligung wird dabei klein geschrieben. Die Transparenz so klein, dass man sie gar nicht mehr erkennen kann. Und halbherzig, weil der neue Suchprozess, nun ohne Gorleben, die schwach- und mittelaktiven Abfälle außen vorlässt – der Schacht Konrad muss endlich aufgegeben werden und ein vergleichendes Suchverfahren für alle Abfallarten steht auf der Tagesordnung!

Der Castortransport aus Sellafeld wird nun knallhart durchgezogen, trotz Corona! Das bedeutet: Viele von uns fahren nicht los, sind heute nicht dabei, weil wir Abstand wahren und Anstand behalten. Unanständig ist vor allem das Verhalten des Innenministers Horst Seehofer, der seine Bundespolizei trotz der Ansteckungsgefahr auffahren lässt, um einen unsinnigen Transport zu schützen. Er soll sich schämen.

Aber wir lassen nicht nach!

Eure  
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg



# Die Gorleben-Chronik

**Profit, Politik, Protest** Als der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Anfang 1977 bekannt gibt, dass in Gorleben ein nationales Endlager für hochradioaktiven Atommüll entstehen soll, löst er ein Beben unter Atomkraftgegnern und eine Jahrzehnte währende politische Debatte aus. Ein starkes und stetig wachsendes Lager aus Aktivist/-innen nutzt nahezu jeden Anlass, um gegen die Pläne und die späteren Castor-Transporte zu demonstrieren. Mit Erfolg: Am 28. September 2020 ist der berühmteste Salzstock Deutschlands als Atommüllendlager Geschichte. Eine Chronik, zusammengestellt von Jan Becker.

**22. Februar 1977:** Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht verkündet, dass Gorleben der vorläufige Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ wird. Dort soll eine Wiederaufarbeitungsanlage und ein Endlager für Atommüll entstehen.

**12. März 1977:** Mehrere tausend Atomkraftgegner aus der ganzen Bundesrepublik demonstrieren zum ersten Mal in Gorleben gegen den geplanten Bau des Atommülllagers.

**Frühjahr 1978:** Die DWK, die „Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen“, versucht mit umstrittenen Methoden, mehr als zwölf Quadratkilometer Land über dem Salzstock Gorleben zu kaufen.

**10. Juli 1978:** Andreas Graf von Bernstorff, dem die größte Fläche über dem Salzstock Gorleben gehört, gibt während einer Pressekonzferenz bekannt, dass er das Angebot der Atomwirtschaft von über 26 Millionen Mark ablehnen wird.

**25. bis 31. März 1979:** Atomkraftgegner aus dem Wendland ziehen in einem einwöchigen Treck in die Landeshauptstadt Hannover. Zur Abschlusskundgebung kommen fast 100 000 Demonstranten – eine der größten Protestveranstaltungen in der Geschichte der Bundesrepublik.

**16. Mai 1979:** Die niedersächsische Landesregierung gibt überraschend bekannt, dass auf die

Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben verzichtet werden soll. Die Begründung Ernst Albrechts: „Die politischen Voraussetzungen sind zur Zeit nicht gegeben.“ Ab jetzt geht es nur noch um die Einrichtung eines Endlagers im Salzstock Gorleben.

**3. Mai 1980:** Atomkraftgegner aus der ganzen Bundesrepublik besetzen die Bohrstelle 1004 bei Gorleben. Sie errichten das Hütten-dorf „Republik Freies Wendland“.

**4. Juni 1980:** Mehrere tausend Beamte von Bundesgrenzschutz und Polizei räumen die „Republik Freies Wendland“.

**26. Mai 1981:** Die Atomwirtschaft will nicht warten, bis der Salzstock Gorleben erkundet und als Endlager genehmigt ist. Sie plant den Bau eines Zwischenlagers. Die Lokalpolitik stimmt diesem Vorhaben während einer turbulenten öffentlichen Sitzung zu, obwohl es mehr als 1500 Einwendungen gegen das Projekt gibt.

**22. Januar 1982:** Der Bau des Zwischenlagers im Gorlebener Forst beginnt.

**2. bis 7. Juli 1983:** Bei Gummern und Blütlingen errichten Atomkraftgegner Zeltlager an der innerdeutschen Grenze auf DDR-Gebiet.

**30. April 1984:** Für zwölf Stunden blockieren Atomkraftgegner die wichtigsten Zufahrtsstraßen ins Wendland. Generalprobe für den ersten Atommülltransport.

**8. Oktober 1984:** Der erste Atommülltransport mit leicht radioaktivem Material rollt ins Zwischenlager Gorleben. Wie sich später herausstellt sind einige der Fässer falsch deklariert.

**26. April 1986:** Der GAU von Tschernobyl – eine der schwersten Reaktorkatastrophen der Geschichte.

**25. April 1995:** Der so genannte „Tag X“: Zum ersten Mal wird hochradioaktives Material in Castor-Behältern ins Zwischenlager Gorleben transportiert. Es kommt zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Von nun an rollt fast jährlich ein Castor-Transport.

**14. Juni 2000:** Der sogenannte Atomausstieg wird beschlossen – ein Kompromiss zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den Energieversorgern. Die 19 produzierenden deutschen Atomkraftwerke sollen nach und nach abgeschaltet werden. Und zwar jeweils nach 32 Jahren Laufzeit.

**1. Oktober 2000:** Im Salzstock Gorleben tritt ein Moratorium in Kraft. Die Erkundungsarbeiten werden vorläufig gestoppt, um auf politischer Ebene noch einmal grundsätzliche Fragen zur Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll zu klären. Das zwischen Regierung und Energieversorgern vereinbarte Ende des Moratoriums ist 2010: Bis dahin muss die Bundesregierung eine Entscheidung darüber treffen, ob Gorleben weiter erkundet wird.



**15. März 2010:** Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) erklärt in Berlin, dass das von Rot-Grün im Jahr 2000 verhängte Moratorium, also der Stopp der Erkundung des Salzstocks auf seine Eignung als atomares Endlager, aufgehoben werde. Bis zur Entscheidung werde ein Zeitraum von 20 bis 25 Jahren erforderlich sein.

**26. März 2010:** Der Bundestag setzt einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Gorleben ein. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht die Klärung der Frage, ob beziehungsweise warum sich die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) in den 1980er-Jahren einseitig auf den Salzstock im Kreis Lüchow-Dannenberg als Endlager festgelegt hat.

**1. Oktober 2010:** Die umstrittene Erkundung des Salzstocks in Gorleben wird fortgesetzt.

**11. März 2011:** Ein Erdbeben und ein Tsunami lösen in einem Atomkraftwerk im japanischen Fukushima eine Katastrophe aus. Zehntausende Menschen müssen die Region verlassen.

**30. Juni 2011:** Der Bundestag beschließt mit den Stimmen von Union, FDP, SPD und Grünen das Aus für alle deutschen Atomkraftwerke bis 2022. Das mögliche Endlager in Gorleben soll weiter erkundet werden.

**28. November 2011:** Der 13. und letzte Transport mit hoch radioaktivem Müll aus der Wiederaufbereitung im französischen La Hague trifft in Gorleben ein. Mehr als 20000 Polizisten begleiteten die Behälter auf ihrer 1200 Kilometer langen Fahrt. Kosten für das Land Niedersachsen: etwa 33,5 Millionen Euro.

**15. Dezember 2011:** Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) stoppt den weiteren Ausbau des Erkundungsbergwerks in Gorleben. Die Arbeiten in den bestehenden Teilen dauern an.

**11. Januar 2012:** Das Bundesumweltministerium will atomare Zwischenlager besser schützen – auch vor Terrorangriffen.

**30. November 2012:** Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) verkündet einen Erkundungsstopp für Gorleben. Die Arbeiten sollen erst nach der Bundestagswahl 2013 weitergehen.

**27. Juli 2013:** Im Zuge des Standortauswahlgesetzes – oft auch nur Endlagersuchgesetz genannt – werden die Erkundungsarbeiten am Salzstock Gorleben gänzlich beendet.

**2015:** Mehr als 100 Pachtverträge mit privaten Eigentümern der Grundstücke über der Grube laufen aus. Nach Angaben von SPD und Grünen sind viele Eigentümer, die sich einst für die Verpachtung entschieden hätten, nicht mehr dazu bereit.

**12. Juni 2015:** Der Bundesrat verlängert die sogenannte Veränderungssperre für den Salzstock in Gorleben bis zum 31. März 2017.

**15. Februar 2017:** Das Bundesumweltministerium kündigt an, die Veränderungssperre zu verlängern. Umweltschützer im Wendland sind empört.

**5. Mai 2017:** Das „Gesetz zur Fortentwicklung des Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und anderer Gesetze“ tritt in Kraft. Die Bundesregierung ver-

spricht eine ergebnisoffene Endlagersuche. Als so genannte Wirtsgesteine für atomaren Müll kommen Steinsalz, Tongestein und Kristallingestein infrage. Atomkraftgegner im Wendland sind skeptisch, was Gorleben als Fleck auf der „weißen Landkarte“ der Prüfgebiete angeht.

**19. Dezember 2017:** Bergleute und Behördenvertreter vom niedersächsischen Landesbergamt fahren symbolisch ein letztes Mal in den Erkundungsbereich des Salzstocks Gorleben. Seitdem klar ist, dass die Endlagersuche für hochradioaktiven Atommüll neu beginnt, wird die Schließung des bis zu 840 Meter tiefen Schachts vorbereitet. Bergleute hatten in den Monaten zuvor Erkundungsbohrungen verschlossen und Maschinen, Förderbänder und Fahrzeuge demontiert.

**April bis August 2019:** Die Schutzmauer rund um das Erkundungsbergwerk Gorleben wird abgerissen. Ursprünglich sollte sie Demonstranten vom Erkundungsbergwerk fernhalten. Der Abriss soll unterstreichen, dass der Salzstock Gorleben als Endlager nicht länger erkundet wird.

**28. September 2020:** Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) listet in ihrem Zwischenbericht die Teilgebiete auf, die bis 2031 näher auf ihre Eignung als Atommüll-Endlager geprüft werden sollen. Der Salzstock Gorleben ist nicht dabei, wohl aber sind große Teile Lüchow-Dannenburgs Teilgebiet im Wirtsgestein Ton.

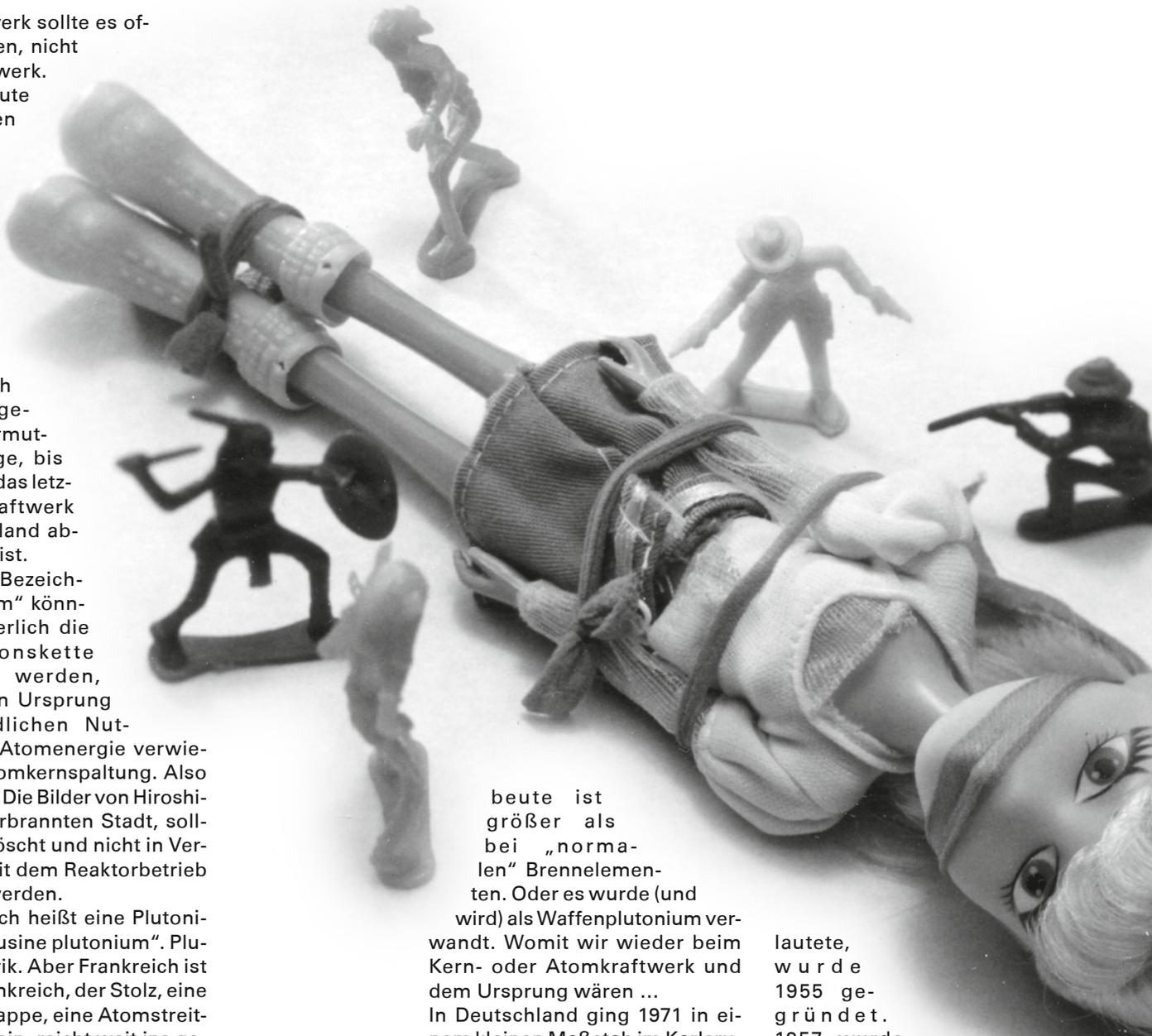
**4. Oktober 2020:** Rund 2000 Wendländer/-innen feiern unter Corona-Bedingungen am Erkundungsbergwerk das Aus für den Salzstock Gorleben-Rambow.

# Semantisches Kidnapping

Wie Sprache unser Denken beeinflusst

**Sprachkultur** Für Firmen ist das Greenwashing inzwischen ein probates Mittel zur Absatzsteigerung auch wenig ökologisch anmutender Produkte geworden. Begonnen hat der Kampf um die Deutungshoheit aber viel früher und ganz woanders. Von Wolfgang Ehmke

Kernkraftwerk sollte es offiziell heißen, nicht Atomkraftwerk. Und bis heute wird in den Nachrichten der öffentlichen Anstalten an diesem Wortgebrauch strikt festgehalten. Vermutlich solange, bis Ende 2022 das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet ist. Durch die Bezeichnung „Atom“ könnte unweigerlich die Assoziationskette ausgelöst werden, die auf den Ursprung der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie verweist – die Atomkernspaltung. Also die Bombe. Die Bilder von Hiroshima, der verbrannten Stadt, sollten ausgelöscht und nicht in Verbindung mit dem Reaktorbetrieb gebracht werden. In Frankreich heißt eine Plutoniumfabrik „usine plutonium“. Plutoniumfabrik. Aber Frankreich ist ja auch Frankreich, der Stolz, eine Force de frappe, eine Atomstreitmacht zu sein, reicht weit ins gewerkschaftliche Lager und die nationale Linke. In der BRD hingegen wurde daraus eine „Wiederaufarbeitungsanlage“ (WAA). Damit assoziiert man „wiederherstellen“ oder „recyceln“. Richtig: Abgebrannte Brennelemente werden dort recycelt, das Plutonium, das durch Neutroneneinfang beim Reaktorbetrieb anfällt, wird abgetrennt. Plutonium wurde (wird immer noch) für die Fertigung von MOX-Brennelementen verwendet. MOX steht für Mischoxid – durch den höheren Abbrand im AKW entsteht mehr Hitze, die Wärmeaus-



beute ist größer als bei „normalen“ Brennelementen. Oder es wurde (und wird) als Waffenplutonium verwandt. Womit wir wieder beim Kern- oder Atomkraftwerk und dem Ursprung wären ... In Deutschland ging 1971 in einem kleinen Maßstab im Karlsruher Kernforschungszentrum eine solche WAA in Betrieb und wurde erst 1990 stillgelegt. Es lohnt sich übrigens, die Hintergründe zu betrachten, um den Standort für ein solches Forschungszentrum wurde hart gerungen. Franz-Josef Strauß, der erste Atomminister, wollte das Forschungszentrum nach München holen. Auf Strauß folgte noch der zweite Atomminister Siegfried Balke – beide waren CSU-Politiker. Dann aber war Schluss mit der Bezeichnung „Atomminister“. Das Bundesministerium für Atomfragen, wie seine offizielle Bezeichnung

lautete, wurde 1955 gegründet. 1957 wurde es in Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft und 1962 in Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung umbenannt. Damit wurden die Spuren, die auf den Ursprung des bundesdeutschen Atomprogramms verwiesen, endlich offiziell verwischt.

► **Umdeutungen und Wortneuschöpfungen**

Die andere Variante, durch eine Namensgebung zumindest vom nuklearen Kern und den damit

verbundenen Gefahren durch die Strahlenbelastung oder der ungelösten Atommüllentsorgung abzulenken, bestand in Wortneuschöpfungen. „Nukleares Entsorgungszentrum“ – dahinter stand 1977 der Plan, in Gorleben eine WAA, eine Brennelementefabrik, oberirdische Pufferlager und ein Endlager zu errichten. Stopp!!

Wie schwer es ist, ohne sich semantisch zu verrennen, diese Geschichte zu erzählen, zeigt sich schon darin, dass viele – wie auch ich – „Entsorgung“ oder „Endlager“ als geläufige Begriffe übernehmen, ohne diese sofort mit Sternchen zu versehen und zu erklären, „entsorgen“ soll suggerieren, dass man bei einer tiefengeologischen Lagerung alle Sorgen los ist, was Quatsch ist. Und dass mit einem „Endlager“ das Ende des nuklearen Kreislaufes erreicht sei: Erst kommt das Uran aus der Erde, wird angereichert, Brennelemente werden gefertigt, dann wird es im Reaktor eingesetzt, und wenn sie abgebrannt wurden, könnten sie noch wiederaufgearbeitet werden, am Ende versenkt man alles wieder in der Erde. Aber ein „Endlager“ ist nicht die letzte Ruhestätte, unweigerlich dringen aus der Deponie Gas und verseuchtes Wasser heraus und suchen den Weg zurück zur Biosphäre. Und auf dem Weg aus der Erde bis rein in die Erde wachsen die Atommüllberge ins Unermessliche.

Der Kampf um die Begriffe, Wortwerte und deren Aufladung, nahm skurrile Züge an: Der „Entsorgungsvorsorgenachweis“, dreimal in seiner Wortzusammensetzung positiv konnotiert, war in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts schon erreicht, wenn auf dem Papier, und damit gerichtsfest, Pläne reiften oder auf Verträge zurückgegriffen werden konnte, in denen beschrieben wurde, wohin mit dem Atommüll. Heute gehen wir laut Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) gemeinsam den letzten Weg – und

tragen den Müll runter. Unter die Erde. Gemeinsam?

### ► **Ikongraphisches Kidnapping**

Das BASE ist dabei einen Schritt weitergegangen, es hat als erste Institution die semantische Okkupation durch Symbole und Bilder komplettiert. Das gelbe X, das Zeichen des Anti-Atom-Widerstands, prangt im Eingangsbereich ihrer mobilen Ausstellung zur Endlagersuche. Vom 12. Januar bis 18. März 2021 ist die Ausstellung „suche:x“ wieder zu sehen, und zwar im Landtag Brandenburg in Potsdam. „Mit der Suche nach dem bestmöglich sicheren Standort für hochradioaktive Abfälle steht Deutschland vor besonderen Herausforderungen. Die Zeiträume, die dabei zu betrachten sind, entziehen sich unserer Vorstellungskraft – nämlich eine Million Jahre,“ schreibt das BASE. Das ist richtig. Und nun kommt endlich das neue Verfahren mit superguter, umfassender Öffentlichkeitsbeteiligung: Sicher lagern ist das Ziel. Und wie sieht angesichts dieser enormen Herausforderung die maximal beste demokratische Form von Öffentlichkeitsbeteiligung beziehungsweise Beteiligung von Betroffenen aus, einen solchen Ort zu finden – na gut, es gibt ja das Standortauswahlgesetz!? Wischmeiermirdasnichtwegjetzt!

Doch es wurde nicht nur das Widerstandssymbol gekapert, es wurden auch Räume besetzt! Das BASE platzierte sein „suche:x“ dreist auf dem Hintergrund der Ausstellung „Trecker nach Hannover“ im Historischen Museum Hannover – mit Exponaten, Fotos und Texten, die dem Museum vom Gorleben Archiv zur Verfügung gestellt wurden.

### ► **Bilder und Autoren wechseln die Seite**

Wer „suche:x“ besucht, geht zuerst auf einen X-Block zu. Wer dann die Broschüre „Einblicke“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) durchblättert, kann im ersten Moment glauben, eine schlechtere Ausgabe der Gorleben Rundschau in der Hand zu halten: Fotos von der Republik Freies Wendland – der Platzbesetzung auf der Tiefbohrstelle 1004 in Gorleben –, vom Widerstand gegen die Castortransporte nach Gorleben und vom An-

ti-Atom-Protest der vergangenen Jahrzehnte schmücken die Beiträge der Ausstellung.

Die Autoren Joachim Schüring oder Manfred Kriener könnten ihre Beiträge statt für die „Einblicke“ auch für die ZEIT oder die TAZ geschrieben haben – ja, sie haben sonst auch für die ZEIT und die TAZ geschrieben und wurden – so darf man unterstellen – bewusst angefragt, so überwindet man Gräben ...

Nein, so verwischt man Rollen. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist laut Gesetz der „Vorhabensträger“ bei der Endlagersuche. Die BGE sammelt bundesweit die Geodaten ein und sortiert mit Hilfe der gesetzlich vorgegebenen Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und Abwägungskriterien Gebiete aus, die für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle nicht in Frage kommen. Bis dann im Umkehrschluss zunächst Standorte benannt werden, die für die obertägige Erkundung in Frage kommen. Die Rolle der Zivilgesellschaft, deren Bilder hier missbraucht werden, muss es sein, aus der Widerstandsgeschichte ihre eigene starke Position zu artikulieren – und dieser Player – interessierte, kritische Bürger/-innen, Bürgerinitiativen und Umweltverbände – hat seine eigene (Vor-) Geschichte. Ohne Protest und Widerstand hätte man zum Beispiel in Gorleben längst ein Atommüllendlager (sic!) in Betrieb genommen und nun ist genau dieser Standort wissenschaftsbasiert ad acta gelegt worden. Wäre da nicht der lange Atem der Protestbewegung gewesen, wäre da nicht der Mut, die Zivilcourage gewesen, sich gegen die Atomkonzerne und die staatliche Politik zu stemmen.

### ► **Markenzeichen**

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg streitet aktuell nun auch noch mit dem Bundesumweltministerium. Denn ihr eingetragenes Markenzeichen, die Wendlandsonne, wird neuerdings vom BMU benutzt, um für die Energiewende zu werben.

Das ist ein vorläufiger Höhepunkt des Ringens um die Deutungshoheit. Die Anti-Atom-Bewegung hat mit ihren Forderungen zwar wie ein Sauerteig die Gesellschaft durchdrungen, wir sind jetzt aber sauer, wenn wir sehen, wer sich mit unseren Federn schmückt.

Auch wenn die Endlagerung natürlich noch immer ungelöst bleibt: Der Weg für eine ehrliche Suche nach bestmöglichem Umgang mit dem Atom Müll ist geebnet.  
Nikolaus Piontek, Rechtsanwalt

**Nach Jahrzehnten teils massiver politischer Auseinandersetzungen gibt es nun Genugtuung für viele, die einen erheblichen Teil ihrer Lebenszeit dem Engagement gegen ein Endlager gewidmet haben.**

Jürgen Schulz, Landrat Lüchow-Dannenberg (parteilos)

Hallelujah. Endlich ist Gorleben als Endlager vom Tisch. Es war ein langer Weg, ein langer Kampf. Aber der Widerstand ist nicht zuende. Es bleibt noch sehr viel zu tun.  
Walter Kraus, ehemaliger Freundeskreis Gorleben in Frankfurt

**Ich finde es total toll, dass Gorleben rausgeflogen ist. Das ist ein Glücksgriff für das Verfahren. Und auch eine Genugtuung für die unzähligen Atomkraftgegner/-innen.**

Dr. Bernd Redecker, Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atomanlagen (LAGAtom)

Der gestrige Tag hat in mir eine späte Genugtuung ausgelöst, dass Gorleben aus den Gründen ausgeschieden ist, die Prof. Duphorn und ich vor fast 40 Jahren benannt haben. Ulrich Schneider, Geologe

Gratulation zum wichtigen Etappensieg! Einige zehntausend Polizisten müssen sich rückblickend verarscht vor-kommen. Vieles, was diese wissenschaftliche Kommission nach drei Jahren klandestiner Arbeit festgestellt hat, hatten Sie ja längst wissenschaftlich festgestellt ...  
Uwe Friesel, Schriftsteller

Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg!  
Susanne Kliem, Krimiautorin

Lieber Herr Ehmke, auch wenn es schon Jahrzehnte her ist, seit Sie bei uns am FB studierten, habe ich immer mit Interesse und Zustimmung Ihren Einsatz verfolgt. Ich freue mich, dass die Option *Endlager Gorleben* endlich vom Tisch ist. Ich wünsche viel Erfolg bei der Suche nach einer guten Lösung für alles, was noch anfällt oder schon in Zwischenlagern steckt.  
Prof. Dr. Dr. h.c. Wilfried Hartmann  
Universität Hamburg

**Ich kann es immer noch nicht richtig glauben – und heulen musste ich wie andere auch, Gorleben ist raus. Allerdings wird das Thema weiter aktuell bleiben: Nicht nur aus dem Raum Salzwedel melden sich besorgte Stimmen.** Inge Schnieder, BI-Mitglied

**Glückwunsch! Nicht zuletzt ist der Erfolg Ihrer jahrzehntelangen hartnäckigen Arbeit auch gegen Rückschläge zu verdanken.** Prof. Dr. Horst Kuni, Universitätsprofessor i.R. und Arzt für Nuklearmedizin

Herzlichen Glückwunsch zu diesem großartigen Erfolg und dass zumindest Gorleben von dem Dreck verschont bleibt. Feiert euch und euren Erfolg, den ihr für das ganze Wendland erkämpft habt. Vielleicht sehen wir uns ja bald mal bei *Ende Gelände*, ihr habt ja jetzt Zeit. Dr. Philipp Schulte, Rechtsanwalt

## **Danke für eure ausdauernde Arbeit und Phantasie!**

Eva Quistorp, Gorlebenfrauen 1977 und Anti-Atom-Konferenzen bundesweit

Solidarität zur Erreichung eines gemeinsamen, begründeten Ziels – das hat es gebracht, bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen und politischen Zugehörigkeiten. Ein riesiges Dankeschön an die BI, das Gorleben Archiv und alle die Menschen, die immer neu eine großartige Organisation, Kooperation und Vernetzung gewährleistet haben. Susanne von Imhoff, Castorgruppe Hühbeck

Atomkraft und Gorleben sind Symptome einer kapitalistischen Ausbeutungslogik, die auf immer mehr Wachstum, Ausbeutung und Sicherung unseres „Wohlstands“ durch Grenzen und Militär beruht. Wenn wir diese Kämpfe gemeinsam denken, fühlen und führen, gibt es noch andere Ansatzpunkte neben Gorleben.

Katja Tempel, Anti-Atom- und Friedensaktivistin

**Wie ein weißer Elefant steht die Frage im Raum, was jetzt mit dem Salzbergwerk passiert. Wir sollten darüber sprechen, ob Zuschütten wirklich der beste Weg ist! Sowohl die Speicherung von Wasserstoff wäre eine sinnvolle Nutzung, als auch ein Heilstollen und ein Erlebnisbergwerk.** Dieter Schaarschmidt, Windkraft-Pionier im Wendland

Den Schwarzbau in Gorleben haben wir zweimal unter Tage besucht und waren von den gewaltigen Dimensionen überrascht worden. Wir gehen davon aus, dass diese Milliarden-Investition nicht aufgegeben wird. Weitere Wachsamkeit ist also geboten. Aus diesem Grund werden wir unsere Unterstützung für euren Einsatz weiterhin aufrecht erhalten.  
Inge und Roland Merkel, Förder/-innen

**Die Abkehr vom Standort Gorleben ist ein guter und entscheidender Schritt. Er kann verloren gegangenes Vertrauen in das Verfahren zur Endlagersuche wiederherstellen.**

Heinz Smital, Atomexperte von Greenpeace

**Gorleben ist ein Symbol gewesen für eine Atompolitik, die letzten Endes existenzielle Entscheidungen im Hinterzimmer auskugelt.** nds. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD)

**Das sind ja unglaubliche Nachrichten aus dem Wendland!**

Sigurd Elert, der Turmbauer von 1004

Ich möchte Euch ganz herzlich zum errungenen Erfolg gratulieren und meinen Respekt für das jahrzehntelange, bisweilen schmerzhaftes Engagement zollen. Bernd Baumhold, BI-Sympathisant

**Wir fühlen uns hochbeglückt, dass unser Widerstand einen solchen Erfolg gehabt hat.**

Fritz von Blottnitz, Bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg

Nach 43 Jahren das Aus für Gorleben – ich kann es noch gar nicht glauben. Unbedingt müssen wir das alle zusammen feiern! Damit wir überhaupt begreifen, was da passiert ist und was wir erreicht haben! Um gemeinsam anzustoßen und Rückschau zu halten und natürlich auch über unsere zukünftige Rolle im Suchverfahren zu reden.

Gabi Haas, Journalistin

**Das Wendland ist wieder enkeltauglich. Der Untergrund bleibt strahlungsfrei. Ich freue mich mit Euch. Sorglos kann ich aber erst sein, wenn auch die Castoren bei Euch verschwunden sind.** Professor Rolf Bertram

Euch möchte ich gerne die Grüße von Matthias Will ausrichten. Gemeinsam hatten wir versucht mehr Licht in die Entstehung der Gorleben-Problematik zu bringen. Dazu hast Du, Andreas (Graf von Bernsdorff, Red.), mit dem Festhalten an Deiner wendländischen Erde und Du, Matthias (Elder, Red.), mit Deiner intensiven Greenpeace-Recherche über die Entstehung des geplanten Nuklearen Entsorgungszentrums von Gorleben erheblich beigetragen. Nun werden wir wieder mehr Raum und Zeit haben die Schönheiten des Wendlandes wahrzunehmen. Wilhelm Kulke, ehem. Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen des DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt

Der BBU gratuliert der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zum Aus für das sogenannte Atommüll-Endlager in Gorleben.

PM des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz

Das Aus für ein Endlager Gorleben ist für mich wie ein Wunder ... das ohne Protest und auch Widerstand nie erreicht worden wäre. Uns ist nichts geschenkt worden, wir haben das erkämpft! Nun gilt es, den weltweiten Atomausstieg ins Visier zu nehmen. Wir sind immer unterstützt worden von tausenden von Menschen, geben wir jetzt unsere Unterstützung für ein Ende der Urananreicherung in Gronau, der Brennelementproduktion in Lingen, des Uranabbaus, der Atomtransporte nach Russland und der aktuellen Castortransporte aus Sellafield und La Hague. Kerstin Rudek, BI-Mitglied und ehem. Vorsitzende der BI Lüchow-Dannenberg

**Gratulation an die BI Lüchow-Dannenberg und an Kerstin und an uns alle, die wir jedes Jahr einen Bus gemietet, Menschen aus Bayern reingesetzt haben und ins Wendland gefahren sind! Wenn Ihr Eure gelben Kreuze jetzt nicht mehr braucht, here we are ...!** BI Stoppt Temelin

Beeindruckend ist die Reaktion der BI Lüchow-Dannenberg, die schon Minuten nach der Veröffentlichung der Entscheidung erklärte, weiter für ein faires Verfahren einzutreten und andere betroffene Regionen zu unterstützen. Das zeigt noch einmal, dass es im Wendland nie um „not in my backyard“ (oder auf bayerisch: Sankt Florian) ging. Jochen Stay, .ausgestrahlt

**Es ist richtig gut, dass Gorleben und andere Salzstöcke wegen geologischer Nichteignung raus sind. Ich habe noch ein neues und etwas surreales Gorlebengefühl.**

Rebecca Harms, langjähriges MdL und MdEP und ehemalige BI-Vorsitzende

**Dieser Schritt ist eine Bestätigung der seit Jahrzehnten laufenden wissenschaftlichen und politischen Proteste.**

Hubertus Zdebel, MdB

Ich freue mich mit Ihnen, dass Sie endlich Erfolg haben. Die Fakten (junge Tektonik) sprechen doch eine eindeutige Sprache. Werner Stakebrandt, Geologe

**Bei der Standortfrage hat sich der Traum von einer Sache erfüllt!**

Holger Wegner, BI Leben ohne Atomkraft Ludwigslust

**Gratuliere! Widerstand und Ausdauer haben sich – offenbar – gelohnt. Bitte auch weiterhin aufmerksam bleiben! Spende ist unterwegs.** Klaus Schoennagel, Förderer der BI

Wir dürfen die Xe noch nicht abbauen. Andreas Kelm, Kreistag Lüchow-Dbg.

**Ich musste mich erstmal setzen, als ich vom Aus für Gorleben erfuhr.**

Miriam Staudte, MdL

**Herzliche Glückwünsche, dieser Schritt ist geschafft. Mutter könnte auf ihrer Wolke da oben sicherlich einen Freudentanz aufführen.**

Diethelm Puch, Sohn von Marianne Fritzen

**Heute mal ein großes „DANKE“ für die Ausdauer, die erworbene Fachkompetenz und für die Berge an Arbeit, die immer wieder unüberschaubar vor euch lagen ... ach, und natürlich so vieles mehr. Glückwunsch!** Horst Baumhauer, BI-Mitglied

Bürgerinitiative Umweltschutz  
Lüchow-Dannenberg e. V.  
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow  
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr  
☎ 05841 - 4684  
buero@bi-luechow-dannenberg.de  
www.bi-luechow-dannenberg.de



In Niedersachsen bleibt das Bedecken von Mund und Nase in Geschäften und dem ÖPNV weiter Pflicht. Wir haben einen kreativen Begleiter für euch: Ab sofort können die Masken und Halstücher mit der Wendlandsonne wieder bei uns bestellt werden.

Hinweis: Die Masken und Halstücher sind nur zum Bedecken von Mund und Nase geeignet und erfüllen nicht die Anforderungen einer medizinischen Maske.

Es gibt die Masken in verschiedenen Ausführungen. Alle sind handgenäht.

*Wieder verfügbar*

**Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!**

Name ..... Vorname .....  
Straße ..... Hausnummer .....  
PLZ, Ort ..... E-Mail .....  
Datum ..... Unterschrift .....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR .....

monatlich EUR .....

Kontoinhaber ..... Name der Bank .....

BIC ..... IBAN .....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

**Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.**